

Wortprotokoll

Öffentliche Sitzung

Ausschuss für Umwelt- und Klimaschutz

70. Sitzung
11. Juni 2026

Beginn: 09.00 Uhr
Schluss: 12.02 Uhr
Vorsitz: June Tomiak (GRÜNE)

Vor Eintritt in die Tagesordnung

Siehe Beschlussprotokoll.

Punkt 1 der Tagesordnung

Aktuelle Viertelstunde

Siehe Inhaltsprotokoll.

Punkt 2 der Tagesordnung

Bericht aus der Senatsverwaltung

Siehe Beschlussprotokoll.

Vorsitzende June Tomiak: Wir kommen zu

Punkt 3 der Tagesordnung

- a) Besprechung gemäß § 21 Abs. 3 GO Abghs [0304](#)
Zukunft der Berliner Fernwärme – ökologische UK
Auswirkungen des neuen
Dekarbonisierungsfahrplans der BEW
(auf Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen)
- b) Besprechung gemäß § 21 Abs. 3 GO Abghs [0305](#)
Dekarbonisierungsfahrplan für die UK
Wärmeversorgung in Berlin
(auf Antrag der Fraktion der CDU und der Fraktion der SPD)
- c) Besprechung gemäß § 21 Abs. 3 GO Abghs [0306](#)
Klimaneutrale Wärmeversorgung – Planungen zur UK
Dekarbonisierung der Berliner Fernwärme (BEW)
(auf Antrag der Fraktion Die Linke)

Hierzu: Anhörung

Zu diesem Tagesordnungspunkt sind Herr Schlopsnies der SenMVKU und Herr Majewski-Zarin der SenWiEnBe anwesend und stehen für Fragen zur Verfügung. – Danke, dass Sie heute gekommen sind! – Zur Anhörung begrüße ich ganz herzlich Herrn Häublein, er ist Referent für Bioenergie vom NABU e. V. – schön, dass Sie da sind! –, Herrn Marko Voß, Leiter Strategisches Asset Management der Berliner Energie und Wärme GmbH – BEW –, in Begleitung von Frau Susanne Huneke, sie ist Leiterin Strategiepolitik und Regulierung der BEW, und Frau Wagner, Referentin für Klima- und Ressourcengerechtigkeit bei PowerShift e. V. – Schön, dass Sie sind! Sie sind darauf hingewiesen worden, dass diese Sitzung live auf der Webseite des Abgeordnetenhauses gestreamt wird und dass eine Aufzeichnung auf der Webseite abzurufen sein wird. Darf ich feststellen, dass Sie mit diesem Vorgehen einverstanden sind? – Ich sehe Nicken von allen. Gut! Dann verfahren wir so. Wünscht der Ausschuss die Anfertigung eines Wortprotokolls zu diesem TOP? – Dann verfahren wir so. Möchte die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen eine Begründung des Besprechungsbedarfs zu TOP 3 a vornehmen? – Das ist der Fall. – Herr Dr. Taschner, Sie haben das Wort.

Dr. Stefan Taschner (GRÜNE): Vielen Dank, Frau Vorsitzende! – Liebe Kolleginnen und Kollegen! Wenn wir unsere selbstgesteckten Klimaziele erreichen wollen, dann müssen wir sowohl bei der Umsetzung der Mobilitätswende, nicht hier in diesem Ausschuss, erfolgreich sein, aber genauso konsequent die Wärmewende vorantreiben. Sie ist ein ganz wesentlicher entscheidender Schlüssel zur Erreichung unserer Klimaziele auf dem Weg zur Klimaneutralität. Innerhalb dieser Wärmewende kommt der Dekarbonisierung des größten Fernwärmenetzes westlich von Warschau eine besondere Bedeutung zu. Mit der Rekommunalisierung des Fernwärmenetzes und der Gründung der BEW haben wir als Land Berlin nun die Möglichkeiten geschaffen, diesen Prozess aktiv mitgestalten zu können. Das ist wirklich ein großer Er-

folg, denn damit liegt die Verantwortung für diesen Teil der Wärmewende nicht mehr bei einem privaten Konzern Vattenfall, sondern in öffentlicher Hand. Folgerichtig wurde der noch von Vattenfall vorgelegte Dekarbonisierungsfahrplan überarbeitet. Das war notwendig. Der alte Fahrplan hatte deutliche Schwächen und beruhte teilweise auf Annahmen, die von der Realität längst eingeholt wurden, etwa bei der Verfügbarkeit großer Mengen grünen Wasserstoffs.

Seit einigen Wochen liegt nun der neue Fahrplan der BEW vor. Besonders positiv dabei ist, dass seine Erarbeitung mit einem breiten Beteiligungsprozess mit zivilgesellschaftlichen Akteuren erfolgt ist, und für diesen transparenten Ansatz möchte ich der BEW ausdrücklich danken. Das war ein sehr schöner Ansatz und die Fortführung dessen, was Regine Günther damals schon mit Vattenfall zum Kohleausstieg eingetütet hat. Der neue Fahrplan enthält wichtige Verbesserungen und zeigt Wege auf, wie die Berliner Fernwärme Schritt für Schritt klimafreundlicher werden kann. Gleichzeitig bleiben aber auch eine Reihe von Fragen offen, die wir heute, aber auch in den nächsten Jahren diskutieren müssen. Dazu gehört etwa die Rolle der Holzverbrennung im zukünftigen Energiemix und die weitere Entwicklung am Standort Klingenberg. Ich freue mich deshalb schon auf die Ausführungen von Herrn Voß sowie auf die Beiträge von Frau Wagner und Herrn Häublein, die den Beteiligungsprozess bei der BEW begleitet haben und wichtige Perspektiven in die Debatte einbringen können. – Vielen Dank!

Vorsitzende June Tomiak: Möchten die antragsstellenden Fraktionen der CDU und der SPD eine Begründung vornehmen? – Herr Freymark, dann haben Sie als Erster das Wort.

Danny Freymark (CDU): Vielen Dank, Frau Vorsitzende! – Herzlich willkommen, liebe Anzuhörende! Bei der Wärme geht es selbstverständlich um die Frage der Bezahlbarkeit, der Verfügbarkeit und der Klimaneutralität. Ich bin sehr froh, dass wir mit Ihnen heute die kompetentesten Ansprechpartner haben, die wir hätten einladen können. Die BEW haben im letzten Jahr 420 Millionen Euro investiert, in den nächsten Jahren sind wohl weitere Milliardeninvestitionen notwendig und geplant. Wir haben mittlerweile auch in dieser Wahlperiode das Thema der Tiefengeothermie deutlich stärker vorangebracht, auch wenn da konkrete Ergebnisse erst in den nächsten Jahren zu erwarten sind. Deswegen ist meine Bitte an die Anzuhörenden: Geben Sie uns einen aktuellen Stand, sagen Sie uns aber auch, wo Sie noch Herausforderungen sehen und wo Sie die Unterstützung entweder vom Abgeordnetenhaus oder vom Senat wünschen. Das ist mir also sehr wichtig, dass es nicht nur ein paar Informationen sind, die wir hier austauschen, sondern dass Sie uns auch bei dem, was Sie sich von uns wünschen, mitnehmen, und wir dann hoffentlich auch demnächst weiterhin im Dialog bleiben können. – Danke schön!

Vorsitzende June Tomiak: Frau Vierecke!

Linda Vierecke (SPD): Vielen Dank, Frau Vorsitzende! – Herzlich willkommen auch von meiner Seite an die Anzuhörenden! Ich freue mich sehr, dass wir heute dieses Thema aufgreifen, was tatsächlich ein sehr großes ist. Die Frage, was am Ende bei den Menschen aus der Heizung kommt, ist nicht nur die Frage, ob es warm ist, sondern auch, wo die Energie herkommt. Wir wissen, dass die Herausforderung riesig ist, die Sie gerade als unser landeseigenes Unternehmen haben. Ich will auch betonen, dass ich mich auch sehr über die Zusammenarbeit freue. Wir sind als Abgeordnete auch im Austausch. Wir dürfen unsere Fragen stellen, wir bekommen auch Antworten. Es ist auch ein Prozess. Für mich ist es sehr wichtig zu versuchen, die Brücke zu den Menschen zu sein, die sich in erster Linie fragen, ob die Fernwärme eine stabile Lieferung, die auch preislich natürlich machbar ist, bleibt. Das ist die große Herausforderung für uns, dass das als Politik sicherstellen müssen und gleichzeitig das Ganze in einem Zeitraum, der schon sehr nah ist, klimaneutral zu machen.

Deswegen freue ich mich sehr, dass wir mit der Rekommunalisierung große Schritte gegangen sind, das ist das eine, aber auch mit dem Klimapakt, der sicherlich auch notwendig war, um diese Herausforderungen zu meistern. Wenn Sie uns heute einen Einblick in den Dekarbonisierungsfahrplan geben und sagen, wo Sie hin wollen, dann wäre das, glaube ich, ein guter Schritt in der Transparenz, um die Menschen mitzunehmen. Das ist uns wichtig und auch zu sagen: Es ist nicht die Frage, ob wir klimaneutral werden, sondern wie. – Das will ich noch einmal für meine Fraktion klarstellen. – Danke schön!

Vorsitzende June Tomiak: Möchte die Fraktion Die Linke eine des Begründungsbedarfs zu TOP 3 c vornehmen? – Das ist der Fall. – Herr Dr. Efler, Sie haben das Wort!

Dr. Michael Efler (LINKE): Besten Dank, Frau Vorsitzende! – Ich will mich bei der BEW für die Vorlage des Planes des Prozesses bedanken. Ich finde, der Plan ist auch sehr nachvollziehbar und gut aufbereitet, was bei diesem technisch und fachlich hochkomplexen Thema nicht ganz einfach ist. Die Bedeutung kann man auch daran ermessen, dass wir am Montag das Thema noch einmal im Ausschuss für Wirtschaft, Energie und Betriebe behandeln werden, wo wir dann vor allem auch die Frage der Bezahlbarkeit stärker in den Blick nehmen werden.

Heute werden wir uns hier vor allem auf die Dekarbonisierung beziehen. Das ist auch dringend erforderlich. Wir hatten den zweitheißesten Mai seit Beginn der Temperaturaufzeichnungen, und ich sehe viele positive Aspekte in der Neufassung, die auch nicht alles neu macht. Das Meiste war vorher schon enthalten, was logischerweise so ist. Ich freue mich, dass die gesetzlichen Vorgaben von 40 Prozent erneuerbare Wärme bis 2030 im Plan enthalten sind und dass wir auch noch Sprünge nach oben machen. Wir begrüßen sehr, dass es gelungen ist, zumindest in Klingenberg auf die Biomasseverbrennung zu verzichten – ich hoffe, dass das auch so bleibt –, und begrüßen auch, dass der Wasserstoffeinsatz zumindest mittelfristig reduziert wird.

Was die langfristigen Potenziale angeht, sehen wir noch einige Schwierigkeiten. Das stresst mich aber jetzt noch nicht so sehr, weil ich glaube – so verstehe ich den Plan auch –, dass sich die BEW da einiges noch offenhält. Zum Beispiel das Szenario Wasserstoff ist natürlich aus unserer Sicht sehr klar grotesk. Einen so hohen Wasserstoffanteil, glaube ich, wird es nicht geben, sollte es nicht geben, und das brauchen wir nicht. Dafür gibt es natürlich das Zielbild,

lokale Wärme und Strom. Ich glaube, wenn wir das wirklich konsequent ansteuern, dann kommen wir da weiter.

Alles, was jetzt gleich gesagt werden wird, wird auf keinen Fall zwei Dinge außer Kraft setzen. Was wir auf jeden Fall machen müssen als Land Berlin – da stehen wir als Linke auch voll dahinter – sind zwei Dinge: Das erste ist, dass wir die Stromnetzkapazitäten im Land Berlin deutlich ausrollen oder erweitern und auch das Übertragungsnetz ausbauen müssen. Ich glaube, das wird eine entscheidende Voraussetzung sein, egal welches Szenario wir hier haben. Das zweite ist, dass wir die Geothermie endlich in Schwung bringen müssen und deutlich mehr Tempo reinbringen und auch mehr Probebohrungen auf den Weg bringen müssen. Auch dazu werden wir nachher noch eine Menge Nachfragen stellen. Jetzt freue ich mich aber sehr auf die Anhörung und freue mich auch sehr, in die Details reinzugehen!

Vorsitzende June Tomiak: Ist eine einleitende Stellungnahme des Senats gewünscht? – Das der Fall. – Herr Staatssekretär Kraus, Sie haben das Wort.

Staatssekretär Andreas Kraus (SenMVKU): Frau Vorsitzende, vielen herzlichen Dank! – Ja, auch ich freue mich auf die Anhörung und auch auf die entsprechende Einordnung. Dieser neue Dekarbonisierungsfahrplan der BEW wird insbesondere der veränderten Ausgangslage nach der Rekommunalisierung mit all den geänderten technologischen und politischen Rahmenbedingungen und vor allen Dingen auch dem Anspruch gerecht, die Wärmewende im Dialog weiterzuentwickeln. Wichtig ist auch, und das sehen wir immer wieder, die Planbarkeit der Umsetzung und die Verlässlichkeit, gerade auch bei den Endkunden, bei der Stadtgesellschaft. Deshalb ist es auch so wichtig, einen konkretisierten Umsetzungsweg zu haben und bis 2035 ein weiterentwickeltes Zielbild und vor allen Dingen auch dann für den Zeitraum bis 2045 mit den Szenarien Planbarkeit und Verlässlichkeit der Politik zu beweisen und darzustellen und der Stadtgesellschaft klar zu zeigen, wo es hingehet. Das ist aus unserer Sicht wirklich wichtig. Deshalb freue ich mich, dass es heute auch dargestellt wird.

Im Wesentlichen werden erneuerbare Energien nach vorne gestellt, Umweltwärme, Wärmepumpen und die Wärme, die damit erzeugt wird, aber auch erneuerbar erzeugter Strom und vor allen Dingen auch – auch das sehr klug, wie ich finde – die Abwärme, die sowieso auftritt, für eine nachhaltige Erzeugung zu nutzen. Deshalb bin ich dankbar, dass die BEW sowohl auf die gesetzlichen Vorgaben des Bundes als auch des Landes reagiert, als auch die Anforderungen an die Rekommunalisierung berücksichtigt.

Mir ist aus Sicht unserer Verwaltung auch ganz wichtig, aus ökologischer Sicht heraus, diese wichtigen und positiven Ansätze auch noch mal hervorzuheben, insbesondere die geplante schrittweise Abkehr von der bisherigen stark fossilgeprägten Wärmeerzeugung. Wir arbeiten momentan noch überwiegend mit Erdgas und Steinkohle, und bis 2030 steigen wir da aus. Das wird die CO₂-Emissionen entsprechend zurückführen. Der Ausbau erneuerbarer Energien und die Nutzung von Abwärme soll auch beitragen, weiter CO₂ zu reduzieren. Damit setzen wir auch die Vorgaben des Berliner Klimaschutz- und Energiewendegesetzes um, bis 2030 mindestens 40 Prozent der Wärme aus erneuerbaren Energien oder Abwärme und bis 2040 80 Prozent klimaschonend zu erzeugen.

Für den Zeitraum ab 2035 bis zur vollständigen CO₂-freien Fernwärmeversorgung bis 2045 wurden deshalb dankenswerterweise drei verschiedene Szenarien entwickelt, die sich hin-

sichtlich der beiden Aspekte Umfang der Nutzung lokaler Wärmequellen und dem Verhältnis von Elektrifizierung und Wasserstoffeinsatz unterscheiden. Das eine Szenario Lokale Wärme und Strom ist ökologisch besonders vorteilhaft, vor allen Dingen auch die Nutzung der tiefen Geothermie. Tiefe Geothermie ist etwas, das unsere Verwaltung massiv vorantreibt. Wir werden sicherlich später noch einmal darauf zurückkommen. das sind eben auch die Perspektiven: tiefe Geothermie, Abwasserwärme, Abwärme aus Rechenzentren, Flusswasserwärme, Großwärmepumpen, die alle das, was auch technologisch fortschrittlich ist, einbeziehen. Auch das ist sinnvoll. Das Szenario Wasserstoff, das mehr grünen Wasserstoff in den Mittelpunkt stellt, ist vielleicht etwas ambivalenter zu bewerten. Aber auch grüner Wasserstoff kann fossile Energieträger ersetzen, und warum sollte man das nicht auch berücksichtigen? Das ist sowieso der Punkt: eine Technologieoffenheit, die beste und effizienteste Möglichkeit, CO₂ zu vermeiden und gleichzeitig die bezahlbare Wärmeversorgung für die Bürgerinnen und Bürger zu gewährleisten. Es wäre nicht eine CDU-geführte Umweltverwaltung, wenn es nicht einen Mittelweg geben würde, nämlich einen Mittelweg zwischen beiden Ansätzen der Erschließung lokaler Wärmequellen, kombiniert mit dem moderaten Einsatz von Strom und Wasserstoff. Auch das werden wir gleich noch einmal dargestellt bekommen. Dafür bin ich dankbar.

Für was ich auch dankbar bin, ist, dass maßgebliche Gelingensbedingungen auch formuliert werden, unbedingte Voraussetzungen wie den erheblichen Ausbau der lokalen Stromnetzanschlusskapazitäten, was auch wichtig ist. Wie gesagt, wichtig ist auch, dass wir das alles jenseits von Hysterie und jenseits von Populismus im Dialog mit der Zivilgesellschaft machen und gemeinsam auch die verbindlichere Planung von Wärmenetzausbau und -verdichtung vorantreiben, die Roadmap für die tiefe Geothermie entsprechend umsetzen und die Sicherstellung der benötigten Stromanschlussleistungen auch diskutieren und umsetzen.

Ich freue mich, wenn wir das noch einmal gemeinsam erläutern können, und wir auch darstellen können, was der Beitrag der Umweltverwaltung für diesen Bereich ist. Wir sind bereits im Bereich der tiefen Geothermie in Vorleistung getreten. Mit der Wärmeplanung vervollständigen wir das aus unserer Sicht heraus. Deshalb bin ich auch dankbar, dass Herr Majewski-Zarin für die SenWiEnBe hier ist, denn die Fernwärme liegt in ihrem Bereich und damit auch beim Ausschuss für Wirtschaft, Energie und Betriebe. Am Montag gibt es auch eine Anhörung im Wirtschaftsausschuss. Ich bin aber dankbar, dass wir auch noch mal unsere Seite darstellen können, die wir verantworten.

Vorsitzende June Tomiak: Ich möchte nun den Anzuhörenden das Wort erteilen. – Ich würde Sie bitten, Ihre Stellungnahmen möglichst auf fünf Minuten zu beschränken. Sie werden im Anschluss die Möglichkeit haben, die Fragen der Abgeordneten zu beantworten. Da können Sie dann auch länger sprechen. Wir würden in alphabetischer Reihenfolge vorgehen und als Erster hätte Herr Häublein das Wort.

Eric Häublein (NABU): Herzlichen Dank für die Einladung und auch, dass ich das Wort jetzt habe! Es ist gut, dass die BEW nun den lang erwarteten Dekarbonisierungsfahrplan endlich vorgelegt hat, nachdem erfreulicherweise auch die Rekommunalisierung der Wärmeversorgung gelungen ist, auch auf Druck aus der Zivilgesellschaft. Bevor ich gleich inhaltlich auf den Dekarbonisierungsfahrplan eingehe, möchte ich auch noch mal mich Herrn Taschner anschließen und der BEW für den konstruktiven Austausch im Dialogforum danken. Das war

immer sachlich und konstruktiv, und wir würden uns freuen, wenn wir das auch fortführen und verstetigen.

Schauen wir uns den Dekarbonisierungsfahrplan inhaltlich an. Zunächst mal muss man sagen, dass die Flughöhe der Einschätzung der Transformation sehr unterschiedlich ist. Während die Einschätzungen für 2030 und 2035 schon mit konkreten Projekten und Investitionsentscheidungen hinterlegt ist, wirken die drei Szenarien für die Transformation bis 2045 doch etwas mit der heißen Nadel gestrickt. Wenn wir das Pferd mal von hinten aufzäumen und fragen: Gelingt mit diesem Dekarbonisierungsplan die klimafreundliche Fernwärme in Berlin? –, dann muss ich sagen, habe ich doch erhebliche Zweifel. Schauen wir uns die drei Szenarien an, dann stellen wir fest, dass selbst im ambitioniertesten Szenario, das mit den meisten lokalen Wärmequellen, immer noch 40 Prozent der Wärme auf der Verbrennung von Wasserstoff, Biomasse und Müll basiert. Sie setzen im Grunde auch nach 2045 weiter zu einem großen Teil auf Verbrennungstechnologien. In den anderen zwei etwas weniger ambitionierten Szenarien ist der Anteil sogar über 50 Prozent, und auch der Anteil von Wasserstoff beträgt da bis zu 45 Prozent. Das ist so ein bisschen die Annahme, die Vattenfall auch hatte. Das Warten auf den Wasserstoff ist ineffizient, das ist teuer. Wir brauchen Wasserstoff für die Dekarbonisierung der Industrie.

Der zweite Bereich, auf den ich eingehen will, ist die Biomasse. In allen drei Szenarien ist der Biomasseanteil bei 15 Prozent. Im Dekarbonisierungsplan heißt es: Es ist ökonomisch sinnvoll, die regulatorisch bedingte Obergrenze von 15 Prozent auszureizen. – Das ist aus meiner Sicht Quatsch, wenn wir uns anschauen, wie bereits jetzt Holzbiomasse verplant wird. Wir haben bereits jetzt 390 000 Tonnen Holz, die in Berlin verbrannt werden. Zusätzlich plant die BSR bis 2030 ein Altholzkraftwerk. Wir haben den Zementhersteller CEMEX, der in Rüdersdorf schwarze Holzpellets aus 110 000 Tonnen Altholz herstellen will, und wir haben die Investitionsentscheidung in Reuter West, die schon getroffen wurde, bevor der Dekarbonisierungsfahrplan vorlag. In Reuter West sollen zusätzlich bis zu 260 000 Tonnen Hackschnitzel im Jahr verfeuert werden. Als Vergleich: Damit würde Reuter West im Berliner Winter ungefähr alle fünf Wochen den Tiergarten verheizen.

Es ist nicht nur aus ökonomischen Gründen falsch, es ist auch aus Klimaschutzgründen falsch. Da muss man sagen, dass das Land Berlin und auch die BEW eine Schönrechnerei betreiben. Sie sagen, Holzverbrennung ist CO₂-frei, und das Berliner Energie- und Klimaschutzgesetz schreibt auch vor, dass die Wärme CO₂-frei zu sein hat. Das stimmt aber nicht. Die Verbrennung von Holz setzt in erheblichem Maße CO₂ frei, pro Energieeinheit sogar mehr als Kohle. Das wird von der BEW und vom Land Berlin schlichtweg ignoriert. Hinzu kommt, dass wir nicht davon ausgehen, dass tatsächlich Altholz verheizt wird, sondern dass dieses Altholzvorkommen, das die BEW da sieht, aus unserer Sicht überhaupt nicht verfügbar ist. Bereits jetzt wird 80 Prozent des Altholzes verbrannt. Es gibt große Altholzprojekte, zum Beispiel in Stade, wo Holz importiert wird. Hinzu kommt auch noch, dass wir Altholz auch in der stofflichen Verwertung in der Grundstoffchemie brauchen. Wir müssen da auch Erdöl und Erdgas zum Beispiel substituieren. Es ist zu befürchten, dass je nach Marktlage das billigste Material verwendet wird, darunter importierte Holzpellets und Hackschnitzel. Für deren Produktion werden naturnahe Wälder zu Holzplantagen umgewandelt. Wälder sind CO₂-Speicher und Lebensräume und eben keine Brennstofflager.

Ich glaube, dass man sich auch aus diesen Gründen und auch auf Druck der Zivilgesellschaft entschieden hat, in Klingenberg kein Holzkraftwerk zu bauen. Das ist gut. Wir freuen uns darüber. Auf der anderen Seite muss man sagen Diese 15 Prozent heißt eben eine massive Vervielfachung der Kapazitäten bis 2045. Da ist noch viel Luft nach oben. Hinzu kommt, dass in Klingenberg jetzt kein Holz-, sondern ein Müllverbrennungskraftwerk geplant wird. Wir wissen auch: Müllverbrennung ist auch nicht klimaneutral. Wir haben eine Zero-Waste-Strategie in Berlin, und daran sollten wir uns auch orientieren.

Abschließend: Was braucht es? Was ist zu tun? Was in diesem Dekarbonisierungsfahrplan nicht betrachtet wird, ist, dass man, wenn man dieses komplette Netz nicht dekarbonisieren kann, man auch darüber nachdenkt, Versorgungsgebiete aus diesem Fernwärmenetz abzugeben und sich stärker darauf konzentriert, Nahwärmenetze aufzubauen. Die letzten zwei Punkte: Was es braucht, ist darüber hinaus, dass wir uns darauf konzentrieren, worauf die BEW und das Land Berlin auch Einfluss haben. Es ist so viel von Rahmenbedingung die Rede, auf die man keinen Einfluss hat, aber worauf wir Einfluss haben, sind die urbanen Wärmepotenziale. Das kann die BEW heben. Wir sollten zum Beispiel nicht nur im Ostteil der Stadt die Geothermiepotenziale untersuchen, sondern auch im Westen. Das wird nicht gemacht.

Der letzte Punkt, und dann komme ich auch zum Abschluss, ist der Ausbau des Stromnetzes. Auch hier haben wir mit dem landeseigenen Unternehmen Stromnetz Berlin einen Akteur, der dafür verantwortlich ist, dass das Netz stabil ist und ausgebaut werden kann. Hierauf sollten wir uns konzentrieren und eben nicht auf die Themen, auf die wir keinen Einfluss haben, wie die Verfügbarkeit und auch die Preisentwicklung von Wasserstoff und von Biomasse. – Danke schön!

Vorsitzende June Tomiak: Danke! – Herr Voß, Sie haben das Wort!

Marko Voß (BEW): Vielen Dank! – Sehr geehrte Frau Vorsitzende! Sehr geehrter Herr Staatssekretär Kraus! Sehr geehrte Abgeordnete! Susanne Huneke und ich freuen uns sehr, heute Ihnen hier Fragen zum Dekarbonisierungsfahrplan beantworten zu können. Die BEW trägt bekanntermaßen sehr verantwortlich eine zentrale Aufgabe in dieser Stadt. Wir versorgen und sichern die Wärmeversorgung von Hunderttausenden Berlinerinnen und Berlinern und haben gleichzeitig die Aufgabe, den Weg hin zu einer klimaneutralen Wärmeversorgung zu entwickeln. Dafür haben wir in 2025 unseren neuen Dekarbonisierungsfahrplan entwickelt und weiterentwickelt und auf eine neue Grundlage gestellt. Das hier ist der neue Bericht zur klimaneutralen Fernwärmeversorgung in Berlin. Am 26. Mai haben wir den veröffentlicht und auch auf unserer Homepage zur Verfügung gestellt.

[Es wird eine Folie gezeigt.]

Die zentrale Zielgröße im Dekarbonisierungsfahrplan ist die weitere Reduktion der CO₂-Emissionen, hier auf dieser Darstellung nachvollziehbar. Im letzten Jahr ist bereits mit 4 Millionen Tonnen CO₂-Emissionen eine deutliche Reduktion zu sehen, und wir werden mit dem Ausstieg aus der Steinkohlenutzung, dem nächsten Meilenstein, bis 2030 die CO₂-Emissionen weiter auf 2,4 Millionen Tonnen reduzieren. Aber wie geht es danach weiter bis zur Klimaneutralität? – Solch ein Vorhaben dieser Größenordnung, das ist auch schon angesprochen, gelingt nur, wenn wir das in der Stadtgesellschaft gemeinsam anpacken. Deshalb haben wir den Fahrplan im Austausch mit einem breiten Spektrum an Stakeholdern weiter-

entwickelt, von Umwelt- und Verbraucherschutzverbänden, der Wohnungswirtschaft bis hin zu Vertreterinnen aus Wissenschaft, Politik und Verwaltung. Frau Wagner und Herr Häublein waren aktive Teilnehmer, und ich freue mich auch, dass die beiden heute hier in unserer Diskussion dabei sein.

[Es wird eine Folie gezeigt.]

In diesem Dialog haben wir einen klaren Maßstab gesetzt. Wir haben nämlich gezeigt, dass wir uns vieles wünschen können, aber die Bausteine der Wärme müssen gleichzeitig gesetzlich zulässig, technisch ausgereift, in Berlin verfügbar und vor allem dauerhaft bezahlbar bleiben. Alle Optionen durchlaufen diesen Trichter bei uns und spannen damit den Lösungsraum auf. Gesetzlich zulässige Technologien und Brennstoffe bilden damit sozusagen den technisch möglichen Lösungsraum. Die technologische Reife ist mit Blick auf die Skalierbarkeit natürlich auch eine notwendige Voraussetzung. Wir brauchen eine entsprechende Größenordnung, damit wir einen großen Beitrag in der Fernwärme erzielen können. Zudem haben wir lokale Randbedingungen berücksichtigt, wie die Pläne zum Ausbau des Wasserstoffkernnetzes.

[Es wird eine Folie gezeigt.]

Wir wissen auch, dass der Weg zur klimaneutralen Wärmeversorgung bis 2045 von fünf zentralen Faktoren ganz besonders abhängig ist. Erstens: Der strategische Ausbau der Berliner Stromnetze – schon angesprochen, wir haben es trotzdem hier noch einmal unterstrichen. Er entscheidet nämlich maßgeblich darüber, welche Technologien wir skalieren können. Also wir können Großwärmepumpen, Power-to-Heat-Anlagen und Speicher installieren, aber ohne den Netzausbau bleibt vieles Theorie.

Zweitens: Eine enge Zusammenarbeit zwischen Berlin und Brandenburg ist wichtig. Wir erschließen uns Optionen, die über Landesgrenzen hinweg gehen. Gemeinsame Standorte, Netze, Ressourcen und Planungsprozesse sind hier aus unserer Sicht ein Schlüssel.

Drittens der technologische Fortschritt: Innovationen bei Wärmepumpen, bei Netzen, Speichern und KI werden Lösungen ermöglichen, die heute teuer und noch nicht verfügbar erscheinen.

Der vierte Punkt, der bereits hier von einigen Teilnehmenden angesprochen wurde, ist die tiefe Geothermie: Sie stellt aus unserer Sicht eine große Chance dar für eine unabhängige, verlässliche, emissionsfreie Wärmeversorgung. Die tatsächliche Verfügbarkeit in dieser Stadt wird zentrale Entscheidungen prägen. Wir haben als BEW vier Anträge eingebracht, um die Aufsuchungserlaubnis in Teilen übernehmen zu können, um dort dann auch erste Erkundungsbohrungen ausführen zu können. Da sind wir im intensiven Austausch mit Ihrer Senatsverwaltung.

Die Weiterentwicklung des regulatorischen Rahmens ist der fünfte Punkt. Vorgaben, Förderinstrumente und beihilferechtliche Regelung entwickeln sich weiter. Sie können die Wärmenutzung begleiten, beschleunigen oder auch begrenzen. Flexible Planung ist daher für uns weiterhin entscheidend.

[Es wird eine Folie gezeigt.]

Allen Entwicklungsplänen in unserem Fahrplan ist eines gemeinsam: Die Berliner Fernwärme wird klimaneutral. Der Weg dorthin kann unterschiedlich aussehen: mehr Elektrifizierung, maximale lokale Wärme wie im linken Part hier dargestellt, oder eben mehr Wasserstoff für ganz rechts, oder ein ausgewogener Mittelweg in der Mitte. Allen Pfaden ist gemeinsam: Ganz ohne Wasserstoff wird die Dekarbonisierung in Berlin nicht gelingen. Gleichzeitig achten wir auf Resilienz und auf Bezahlbarkeit. Die Wärmepreise sollen sich langfristig im Rahmen der allgemeinen Inflation entwickeln. Dieser Plan soll den Lösungsraum aufzeigen. Dieser Ausblick soll zu einer Diskussion, zum Mitmachen und zum Forschen und Entwickeln einladen. Er soll nicht die Wahrheit darstellen und eine endgültige Sicherheit vermitteln. Das kann er heute nicht. Er soll ein lebendes Dokument sein, das sich mit der Zeit weiterentwickelt, er soll die Erkenntnisse, die sich auf dem Weg ergeben aufnehmen, und er soll einen Beitrag zur bezahlbaren, sicheren ökologischen Wärmeversorgung Berlins leisten. – Vielen Dank! Wir freuen uns auf Ihre Fragen!

Vorsitzende June Tomiak: Vielen Dank! – Frau Wagner, haben Sie das Wort!

Neelke Wagner (PowerShift e. V.): Vielen Dank! – Vielen Dank für die Einladung und dass ich heute hier mit Ihnen über den Dekarbonisierungsfahrplan diskutieren kann! Auch von mir noch einmal ein Dankeschön an die BEW für diesen Dialogprozess! Der hat unter anderem uns, Herrn Häublein und mir, auch ermöglicht, uns schon eine ganze Weile länger intensiv mit dem Entstehen dieses Plans zu beschäftigen. Ich finde auch, dass dieser Plan einen deutlichen Fortschritt im Vergleich zu dem darstellt, was noch Vattenfall als Eigentümer vorgestellt hatte. Ich finde es auch wirklich gut zu sehen, dass es da eine ernsthafte Bemühung gibt, sich zu dekarbonisieren, dass wirklich sehr viel geprüft und versucht wird und dass die verbrennungsfreien Alternativen eine viel größere Rolle spielen als noch in dem alten Plan.

Es wurde aber auch schon angesprochen, dass es weiterhin ein Problem ist, dass die Szenarien und auch dieses lokale Wärme- und Stromszenario immer noch zu viel Verbrennungsanteil haben. Einmal ist Verbrennung grundsätzlich eine sehr ineffiziente Technologie. Wir benutzen es seit Tausenden von Jahren, aber vielleicht muss man nicht immer 1 000 Grad Hitze erzeugen, um am Ende 20 Grad in der Wohnung zu haben. Das auch noch einmal ein grundsätzliches Plädoyer für die Wärmepumpe, die inzwischen eine sehr viel effizientere Technologie ist, um Wärme zu erzeugen, als weiterhin Sachen zu verbrennen! Zumal auch – das hat Herr Häublein schon angesprochen – die als gesetzlich klimaneutral definierten Lösungen Holz und Müll einfach nicht CO₂-neutral sind und auch noch weitere Giftstoffe entstehen, wenn man sie verbrennt, mit denen man umgehen muss, Feinstaub und so weiter. Das kann also immer nur eine Notlösung sein. Man kommt nicht ganz ohne Verbrennung aus, aber das Ziel muss auf jeden Fall sein, den Verbrennungsanteil in der Wärme möglichst zu minimieren. Dafür finde ich es auch sehr gut, dass diese Szenarien so vorliegen, einfach weil sie auch ein bisschen davor warnen, was passiert, wenn die Nutzung lokaler Wärmequellen nicht so gelingt. Man sieht schon, dass eine neue Abhängigkeit von Brennstoffimporten entsteht, was neben den ökologischen Schäden auch eine Preisproblematik darstellen wird. Da werden Sie vielleicht in anderer Zusammensetzung am Montag noch mal genauer darauf eingehen.

Dann wollte ich auch noch mal darauf hinweisen – Herr Voß hat es gerade schon ein bisschen angesprochen –: Es gibt Rahmenbedingungen, unter denen die Dekarbonisierung überhaupt

nur erfolgreich sein kann. Deswegen möchte ich auch an Sie alle und an den Senat appellieren, dass man sich hier nicht auf der BEW ausruhen und sagen darf: Ach, die machen jetzt hier die Wärmewende, da braucht nicht weiter etwas passieren. – Es muss durchaus auch politisch noch sehr viel passieren, dass das möglich wird. Da habe ich auch noch ein paar Punkte, die ich Ihnen gerne mitgeben würde.

Der erste Punkt betrifft die lokalen Wärmequellen. Die BEW hat uns erzählt, dass sie sehr viele lokale Wärmequellen auch geprüft und sich angeschaut haben, aber in diesem Lösungstrichter, der uns gerade schon gezeigt wurde, zu dem Ergebnis gekommen sind, dass viele dieser Quellen für das Fernwärmenetz der BEW nicht benutzt werden können, weil sie zu wenig Energie liefern und die Einbindung nicht wirtschaftlich wäre. Diese Wärmequellen müssen aber trotzdem genutzt werden, und dafür gibt es zum Beispiel die Möglichkeit, lokale Nahwärmenetze zu bauen. Da braucht es dringend eine Strategie wie diese neue Nahwärmenetze mit dem Netz der BEW zusammenhängend geplant werden können. Wo wir nicht hinkommen dürfen, ist, dass das Netz der BEW weiter wächst und dann mit Holz und Müll und Wasserstoff in der Grund- und Mittellast heizen muss, während innerhalb des Netzgebietes lokale Wärmequellen brachliegen und nicht genutzt werden. Da muss noch Arbeit reingesteckt werden und vermutlich auch sehr stark von der Wärmeplanung, dass man da gut hinkommt, dass Berlin seine gesamten lokalen Wärmequellen nutzen kann und das nicht zu Ineffizienzen mit dem Fernwärmenetz der BEW führt.

Dazu wollte ich auch noch sagen: In dem aktuellen Plan wird damit gerechnet, dass die BEW immer mehr Wärmekunden versorgt und auch insgesamt die Wärmelieferungen steigen. Das halte ich auch für problematisch, solange das auf der Basis von mehr Verbrennung passiert. So lange man Holz, Müll und Wasserstoff verbrennen muss, ist es keine so gute Idee das Fernwärmenetz noch weiter auszubauen.

Zu den höheren Stromnetzkapazitäten wurde auch schon viel gesagt, und da habe ich auch den Eindruck, dass das auch wohl schon angekommen ist. Ich wollte da auch noch eine Sache zu bedenken geben, was die Rechenzentren angeht. Es werden gerade überall auf der Welt wahnsinnige Mengen neuer Rechenzentren geplant. Es ist aber schon schwierig, die als Gewinn für die Wärmewende zu sehen, weil man die Abwärme nutzen könnte. Wenn es das Rechenzentrum nicht gäbe und stattdessen eine Wärmepumpe direkt mit dem Strom angetrieben werden könnte, würde man dadurch ein Vielfaches von Wärme gewinnen. Insofern fände ich es auch gut, darüber nachzudenken, inwieweit bei Rechenzentren und Wärmeversorgung die Prioritäten richtig gesetzt werden. Also meine klare Priorisierung wäre bei der Wärme.

Ein letzter wichtiger Punkt ist die Sanierung. Auch der Dekarbonisierungsfahrplan rechnet mit steigenden Sanierungsraten, und da muss Berlin einfach liefern. Wir müssen unseren Wärmeverbrauch insgesamt senken, und das muss einmal bei den landeseigenen Gebäuden passieren, das muss aber natürlich auch insgesamt in der Stadt passieren. Genau da braucht es auch entsprechend politische Initiativen und Vorgaben.

Zuletzt wollte ich noch sagen: Ich fand den Dialogprozess auch super, würde mir aber auch wünschen, dass es eine institutionalisierte Beteiligungsinstanz bei der BEW gibt, ähnlich wie bei den Berliner Stadtwerken, damit die Stadtgesellschaft als Ganzes und nicht nur sozusagen die organisierten Verbände, sich auch an der zukünftigen Wärmeplanung und Dekarbonisierungsplanung beteiligen können. – Vielen Dank!

Vorsitzende June Tomiak: Vielen Dank an Sie alle! – Dann kommen wir jetzt zur Aussprache. Als Allererstes hat sich Herr Dr. Taschner gemeldet.

Dr. Stefan Taschner (GRÜNE): Vielen Dank, Frau Vorsitzende! – Ich habe eine ganze Reihe von Fragen; das sage ich jetzt schon. Wenn wir heute nicht durchkommen, haben wir am Montag noch einmal eine Chance. Ich fange mit Ihnen, Herr Voß und Frau Huneke von der BEW, und mit dem geplanten Holzheizkraftwerk in Reuter West an. Vielleicht können Sie einmal darstellen, wie denn eigentlich der Lastbetrieb genau geplant ist. In einer Schriftlichen Anfrage teilen Sie mir mit, dass es eine Grundlast, also Dauerbetrieb, ist. Das ist, glaube ich, definitiv ein Fehler gewesen. Vielleicht können Sie das mal hier skizzieren, ob es wirklich ein reines Spitzenlastkraftwerk ist, und welche Holz mengen Sie da letztendlich planen zu verfeuern, auch angegeben ob es Altholz ist. Attro oder lutro macht einen erheblichen Unterschied, welche Tonnen letztendlich hinten rauskommen.

Was in der Antwort auch klar wurde: Sie wissen eigentlich noch nicht richtig, was Sie genau für ein Holz verbrennen. Da steht zum Beispiel auch, dass Sie eigentlich alle Altholzklassen verbrennen wollen. In der Kommunikation haben Sie aber immer gesagt, dass Sie eigentlich nur Altholz dort verbrennen wollen. Schließen Sie aus, dass in Reuter West Altholz verbrannt wird, das eigentlich in den Kreislauf gehört und wiederverwertet kann, so wie wir das in Berlin wollen und wie das eigentlich auch beschlossen worden ist?

Dann immer die große Frage: Es werden trotzdem erhebliche Mengen sein, was an Holz verbrannt wird. Die Frage ist natürlich immer, woher dieses Holz kommt und wie nachhaltig das ist. Sie reden sich da immer gerne so ein bisschen raus, Sie hätten da Vertragspartner und die würden das irgendwie beachten. Ist es nicht ein bisschen sich die Sache schönreden und die Verantwortung auf Nachhaltigkeit et cetera auf einen Zulieferer schieben? Welche Verantwortung haben Sie denn letztendlich, das auch ordentlich zu kontrollieren und wirklich zu schauen, woher dieses Holz kommt? Ich glaube, das ist ganz wichtig, das klarzustellen und sich da nicht noch ständig zu verstecken.

Gehen wir mal in den Osten: Im Westen sehe ich vor allem, dass wir mit Rühleben die Grundlast hinbekommen werden. Im Osten haben wir noch nicht dieses große Müllverbrennungskraftwerk. Habe ich das richtig verstanden, dass Sie die Grundlast – wenn wir das mal als Grundlast definieren – durch Tiefengeothermie und das geplante Datacenter am Standort Klingenberg sicherstellen wollen und dann das dort geplante Müllverbrennungskraftwerk möglicherweise dieselbe Funktion hat wie Reuter West im Westen? Können Sie vielleicht dazu noch ein bisschen was sagen?

Dann die Frage – es wurde schon jetzt mehrmals angesprochen –, dass eigentlich Müll verbrannt werden soll: Was ist das für ein Müll? Wir wissen, dass wir im Moment die Ersatzbrennstoffe – EBS – nach Jänschwalde [phonet.] schicken und dort verbrennen. Sind es diese Müllmengen, die Sie dort verbrennen wollen? Soll das Kraftwerk so konzipiert sein, dass so wie jetzt der EBS – der wird getrocknet, teilweise mit Erdgas, also auch nicht wirklich klimaneutral. Soll es dieser getrocknete Müll sein, oder kann der auch ein bisschen nasser sein? Was ist das eigentlich für ein Müll? Was muss ich mir da vorstellen? Ist das letztendlich der gepresste Inhalt meiner schwarzen Tonne, die Sie da verbrennen, oder gibt es vorher eine Sortierung? Welche Mengen sind vorgesehen? Da gibt es auch schon die ersten Rechnungen, die durch den Raum geistern. Je früher Sie da Transparenz schaffen, desto besser. Vielleicht sagen Sie auch noch mal ein bisschen was zum Lastbetrieb, den Sie in Klingenberg mit diesem Kraftwerk planen und wie denn der Fahrplan für das Genehmigungsverfahren ist.

Ein wichtiges Thema generell: Immer wenn wir von Großwärmepumpen, Geothermie et cetera sprechen, sind die Stromanschlüsse und die Kapazitäten wichtig. Vielleicht können Sie da auch noch mal etwas zu dem Stand der Dinge sagen. Das scheint in Berlin relativ ausgebucht zu sein. Wie sehen Sie da die Entwicklung?

Thema Netztemperatur: Frau Wagner, Sie haben es schon ein bisschen angesprochen. Wie sieht denn die BEW das? Wir haben ja zwei große Teilnetze von dem großen Verbundnetz. Lassen die sich vielleicht parzellieren und in Zukunft auch vielleicht mit niedrigeren Temperaturen fahren entsprechend des Gebäudesanierungsstandes?

Kooperation mit Brandenburg wurde öfters angesprochen und da vielleicht auch schon gleich an Herrn Häublein und Frau Wagner die Frage: Für Solarthermie brauchen wir große Flächen, die werden wir in Berlin eher schwer finden, im Berliner Umland vielleicht auch nicht ganz. Welche Möglichkeiten sehen Sie da? Welche Distanz kann ich überbrücken, wenn ich vom Netz in Berlin nach Brandenburg rausgehe? Wie viel Kilometer mehr oder weniger Leitungen können wir dort hinbekommen? Wärmespeicher wurden bisher gar nicht genannt. Wie könnten wir zum Beispiel mit Wärmespeichern zum Beispiel das Holzheizkraftwerk oder das Müllheizkraftwerk verhindern – Reuter West können wir nicht mehr verhindern – und Spei-

cher noch stärker miteinbeziehen, um nicht gebrauchte Wärme aus dem Sommer in den Winter zu transferieren und den Lastbetrieb von Klingenberg und Reuter West zu reduzieren? Der ... [unverständlich] für die BEW!

Herr Häublein! Sie haben gesagt, dass 15 Prozent die Zielzahl zumindest hinten raus ist. Die BEW plant, die gesetzlichen Möglichkeiten auszuschöpfen. Mit wie viel Tonnen Holz müssten wir rechnen, die dort verbrannt werden? Reuter West wird gebaut. Davon gehen wir aus. Ich glaube, die Genehmigung müsste bald kommen. Die Bäume sind schon gefällt. Jetzt ist die Frage: Das Ding steht – auch an Frau Wagner die Frage –, wie gehen wir aus Ihrer Sicht damit um? Zugespitzt: Sollen wir das, wenn es gebaut ist, aus Ihrer Sicht so schnell wie möglich wieder abreißen oder kann man mit dem auch noch etwas Sinnvolles anfangen?

Zum Thema Müllverbrennung an beide, Herr Häublein, Frau Wagner: Sie haben schon gesagt, klimaneutral ist es nicht, aber vielleicht können Sie dazu noch ein paar Worte zu den Plänen der BEW bezüglich des Standorts Klingenberg sagen.

Frau Wagner: Holzimporte: Das war öfters ein Punkt. Als PowerShift sehen Sie das durchaus ganzheitlich. Ich weiß noch genau, dass Sie damals einer der führenden Akteure waren, um das letzte Biomasseheizkraftwerk in Klingenberg zu verhindern, damals sollte Holz aus Liberia importiert werden. Das wurde von Vattenfall glücklicherweise abgesagt. Wir hatten damals schon die Debatte, wie klimafreundlich eigentlich solche Holzimporte sind. Vielleicht können Sie dazu noch ein bisschen was aus der globalen Sicht von PowerShift sagen. – Ich wäre erst einmal so weit fertig!

Vorsitzende June Tomiak: Frau Vierecke!

Linda Vierecke (SPD): Vielen Dank! – Tatsächlich sind schon viele Fragen gestellt, die uns alle umtreiben. Die große Frage ist, mit welchen Mitteln wir klimaneutral werden und zu wie viel Prozent. Meine Nachfragen betreffen das Thema Holz. Da gab gerade bei den Kraftwerken Änderungen. Sie gehen jetzt von maximal 15 Prozent Biomasse aus. Vielleicht können Sie darstellen, was das Thema Biomasse auch für Sie beinhaltet und zu wie viel Prozent Holz verortet wäre. Gerade zum Thema Altholz haben wir uns im Ausschuss damit beschäftigt, dass wir in Deutschland und auch in Berlin eine relativ ausbaufähige Altholzrecyclingquote haben. Ist das mit eingepreist, dass wir bei diesem Thema auch besser werden, also mehr Altholz recyceln? Das ist für mich auch eine Frage an den Senat, ob es Planungen gibt, beim Altholzrecycling voranzukommen. Wir haben da Vergleiche aus Italien und Frankreich – das war noch vor Ihrer Zeit, Herr Kraus; damals hatten wir eine wunderbare Anhörung dazu –, wo Italien oder Frankreich, genau weiß ich es nicht mehr, auf Recyclingquoten von 90 Prozent kommt, der andere ein bisschen darunter. Das interessiert mich, weil wir gerade bei den Kraftwerken nicht Grundlagen setzen möchten, wenn wir später beim Recycling besser werden können.

Wichtig für uns, wenn wir über die Fernwärme sprechen, ist auch: Sie haben bei Ihren Planungen sicherlich schon die kommunale Wärmeplanung miteingepreist, dass de facto in Zukunft mehr Menschen an die Fernwärme angeschlossen werden. Wir sind kurz vor der Veröffentlichung. Vielleicht kann der Senat noch einmal sagen, wie es mit der kommunalen Wärmeplanung aussieht, wann wir und vor allem die Bürgerinnen und Bürger Berlins mehr Transparenz haben werden, wo welche Wärmeversorgung hinkommt. Für Sie die Frage, wel-

che Berechnungen Sie da zugrunde gelegt haben. Wie viel Menschen mehr müssen wir mit der Fernwärme versorgen?

Der dritte Themenbereich ist die tiefe Geothermie. Da haben wir alle große Hoffnungen. Berlin ist große Schritte vorangekommen. Mich interessiert der aktuelle Stand und Zeitplan. Wenn der Senat dazu ausführen könnte, wäre das ganz fantastisch. – Vielen Dank!

Vorsitzende June Tomiak: Herr Dr. Efler!

Dr. Michael Efler (LINKE): Besten Dank! – Erst einmal kann ich mir der auch zu hörenden Kritik an Teilen des Fahrplans durchaus anschließen, was den hohen Anteil von Verbrennungstechnologien angeht. Ich will auch klar sagen, dass wir auch wollen, dass jede lokale Wärmequelle möglichst ausgenutzt und dass auch nicht betriebswirtschaftliche Gründe quasi alleine dazu führen dürfen, dass wir Potenziale liegenlassen. Wir müssen uns wirklich anschauen, wie wir das heben können.

Was ich nicht unterstütze, das sage ich auch ganz klar, ist Kritik oder die Infragestellung des Ausbaus der Fernwärme. Ich glaube, dass wir dazu keine ernstzunehmende Alternative haben. Das wird auch die Wärmeplanung, denke ich, zeigen. Man kann vielleicht durchaus die Ambitionen der BEW hinterfragen. Ich habe im Fahrplan etwas von einer Vervierfachung oder Vervielfachung der Ausbaurate gelesen. Vielleicht können Sie dazu auch noch etwas sagen. Das erschien mir dann doch ein wenig ambitioniert, aber dass wir insgesamt den Anteil der Fernwärme an der Wärmeversorgung in Berlin erhöhen müssen, erscheint mir wirklich eine Konstante, die wir machen müssen. Die Alternative wäre eine sehr radikale energetische Sanierung. Die sehe ich nicht. Wir wollen mehr Sanierung, dass das nicht falsch verstanden wird, aber dass wir das radikal nach oben schrauben, kann ich nicht erkennen. Auch die Nahwärme wird und soll auch eine Rolle spielen, aber die wird auch nicht in der Lage sein, sehr große Potenziale in Berlin abzudecken. Dafür sehe ich auch die Akteurslandschaft gar nicht. Daher halten wir es für alternativlos, die Fernwärme auszubauen.

Jetzt habe ich noch einige Fragen, erst einmal an die BEW, noch einmal zur Sanierungsrate: Wenn wir die unterstellten Ziele nicht erreichen, habe ich es so verstanden, dass die Konsequenz wäre, dass weniger Gebäude an die Fernwärme angeschlossen werden. – [Zuruf von Marko Voß (BEW): Ja!] – Dann ist es eigentlich schon beantwortet.

Bei der Gradzahl habe ich gedacht, dass das vielleicht ein bisschen optimistisch ist, weil Sie unterstellen, dass es in Berlin immer wärmer wird, vereinfacht gesagt. Das muss aber nicht notwendigerweise der Fall sein. Wenn wir an die atlantische Meeresströmung denken, kann es auch sein, dass es im Winter kälter wird. Das kann auch noch in der Periode des Fahrplans in den Vierzigerjahren relevant werden. Haben Sie das auch mal überlegt? Beziehungsweise was ist dann, wenn es nicht so viel wärmer wird, wie Sie unterstellen?

Mich interessiert auch sehr die Frage der Effizienz und der Netzverluste. Das ist bei der Fernwärme schwierig, das kann man schon deutlich sagen. Die Verluste, die wir da haben, sind schon relativ hoch. Wie können wir die weiter senken? Was haben Sie da schon unternommen? Welche Potenziale liegen da noch, um die Effizienzverluste zu senken?

Zur Geothermie: Ich bin über eine Ihrer Aussagen ein bisschen gestolpert, und zwar schreiben Sie, dass Sie bei der hydrothermalen Geothermie zwischen 2 bis 3 Kilometer Tiefe jetzt schon die Einschätzung haben, dass das nicht funktioniere. Das hat mich gewundert. – Das steht so drin, oder: Wird vermutlich nichts zu holen sein. – Das hat mich ein bisschen gewundert. Wir haben noch nicht gebohrt. Worauf beruht diese Aussage? Das würde mich interessieren, ob das tatsächlich so valide ist, und auch das, was Herr Häublein gesagt hat, inwieweit wir die Anzahl der Bohrungen ausweiten können. Es wurde darauf hingewiesen, dass wir da vielleicht auch Potenziale liegenlassen, wenn wir uns auf den Ostteil konzentrieren. Wie können wir auch dafür sorgen, dass wir auch im Westteil der Stadt die Potenziale ermitteln?

Dann will ich daran erinnern, dass der Ausgangspunkt der ganzen Debatten der Kohleausstieg war. Wir reden gar nicht mehr über den Kohleausstieg – das finde ich lustig, weil es vor zig Jahren Demonstrationen und riesige Debatten gegeben hat. Das ist so gesetzt worden, als wenn das schon durch wäre. Es ist aber noch nicht durch, und das ist eine große Änderung, die in den nächsten Jahren kommen wird. Da will ich ganz konkret fragen: Wann wird die Kohlenutzung in Moabit beendet? Ich habe 2028/2029 herausgehört. Dann wird auch die Biomasseverwendung in Moabit beendet. Vielleicht können Sie dazu auch noch etwas sagen.

Letzte Frage an die BEW: Sie haben geschrieben: potenzielle Ansiedlung von Marzahn und Klingenberg –, ich fasse das einmal zusammen. Wie ist da der Stand der Dinge? Wie sicher ist das, dass wir diese Ansiedlung und diese Wärmemengen bekommen können?

An Herrn Häublein und Frau Wagner – fasse ich einmal zusammen – noch ein paar Feinschmeckerthemen, und zwar schreibt die BEW an einer Stelle, dass man sich auch die Nutzung blauen Wasserstoffes übergangsweise vorstellen kann. Ich lasse mal meine Position weg, und würde Sie fragen, was Sie davon halten. Gerne auch noch eine Einschätzung zum Thema CCS: Das ist in den Szenarien zwar nicht unterstellt, aber trotzdem wird sich damit beschäftigt, und Sie schließen es nur aus, weil es gesetzlich nicht zugelassen ist. Ich würde aber sagen, dass man das grundsätzlich ausschließen sollte. Ich würde aber Herrn Häublein und Frau Wagner fragen, ob CCS überhaupt irgendeine Rolle in der Wärmeversorgung in Berlin spielen sollte. – So weit! Danke!

Vorsitzende June Tomiak: Herr Freymark!

Danny Freymark (CDU): Vielen Dank, Frau Vorsitzende! – Vielen Dank an die Anzuhörenden! Wir haben heute übrigens eine Schulklasse der Gutenberg-Schule aus Hohenschönhausen zu Gast, die ich ganz herzlich willkommen heißen will, die zu einem sehr spannenden Thema, sehr fachlich, mit dabei ist. Wir werden später die Gelegenheit haben, darüber noch einmal zu diskutieren.

Es geht um die Zukunft der Wärmeversorgung. Deswegen freue ich mich sehr, dass Sie als Anzuhörende so konkret geworden sind. Herr Häublein, Sie haben einen großen Teil Ihrer Zeit auf das Thema Biomasse, Holzbiomasse et cetera, verwendet, was ich stark finde. Ich habe mir die Frage gestellt, was die Kompensation sein könnte. Was sind die fünfzehn Prozent? Wie viel Prozent sind aus Ihrer Sicht angemessen, und was könnte die Kompensation sein, wenn Holzverbrennung nicht die Lösung ist?

Sie hatten das Thema der tiefen Geothermie unterstützt. Ich freue mich, dass wir im Osten einen Schritt weiter sind. Sie haben kritisiert, dass es im Westteil noch nicht passiert. Ich hatte das so verstanden, Herr Staatssekretär Kraus, dass wir im Osten beginnen und sollte das erfolgreich sein, andere Potenzialgebiete genauso versuchen zu heben. Das ist kein Ost-West-Thema, sondern eine Frage, wo das meiste Potenzial ist. Das wäre nun einmal im Osten, insbesondere in Hohenschönhausen und Lichtenberg.

Ich habe Herrn Voß nicht als jemanden wahrgenommen, der unbedingt für Holzverbrennung kämpft, trotzdem ist es Teil Ihrer Darstellung gewesen, übrigens immer konstant mit 15 Prozent. Warum ist das so? Was macht die Kritik von Herrn Häublein mit Ihnen? Besteht die Möglichkeit, zum Beispiel ganz simpel gedacht, dass wir eine höhere Kompensation über Solarthermie schaffen? Was sind die Ausschlussgründe an anderer Stelle, eine stärkere Hebung der Potenziale zu haben?

Zum Thema der technologischen Entwicklung: Sie haben den schönen Titel „Leiter Strategisches Asset Management“. Da hat man immer die Hoffnung, dass Sie schon sehr vorausschauend unterwegs sind. Wie sieht es denn im Bereich der Netze und der Speicherung von Energie aus? Wo stehen wir da? Sind einige unserer Entwicklungen oder der deutschen Produkte später auch für andere Länder oder Kontinente geeignet? Können wir in Berlin auch Vorbild sein und wenn ja, an welcher Stelle?

Frau Wagner! Sie haben als Referentin für Klima- und Ressourcengerechtigkeit bei PowerShift sich mit dem Thema Wasserstoff ein bisschen mehr beschäftigt und zugleich kämpfen Sie auch für die Bezahlbarkeit. Wasserstoff und Bezahlbarkeit wirkt für den einen oder anderen wie ein Widerspruch. Wo stehen wir da aus Ihrer Sicht? Ich hatte vorhin aus den Beiträgen auch der Kollegen entnommen, dass bei Wasserstoff große Skepsis besteht. Teilen Sie die, und wenn ja, warum, und wenn nein, warum vielleicht auch nicht? Vielleicht abschließend: Nutzen Sie gerne die Antwortrunde, um die Erwartungen an die Abgeordneten und an den Senat deutlicher zu formulieren. Dafür hatten Sie vielleicht am Anfang noch nicht so viel Zeit, aber wir sind ja Ihre Vertreter, wir wollen das Richtige tun. Dafür werden wir Ihre Informationen und Ihr Wissen nutzen müssen. – Vielen Dank!

Vorsitzende June Tomiak: Herr Hansel!

Frank-Christian Hansel (AfD): Vielen Dank! – Das ist schon interessant, wenn wir über Klimaneutralität reden, dass wir dann über Müll und Holzverbrennung reden. Da sieht man schon, dass dieses Dogma am Ende wohl so gar nicht zu erreichen ist, wenn man das einmal ernst nimmt, worüber wir hier schon eine Stunde sprechen. Ich will das Thema aber gar nicht so aufziehen, sondern konkret drei Fragen stellen, nämlich die Strompreissensitivität des Wärmepreises. Der Fahrplan ersetzt Gas durch Großwärmepumpen und Power-to-Heat. Mit welchem Strompreis inklusive Netzentgelten, Abgaben und Steuern kalkuliert der Dekarbonisierungsfahrplan und ab welchem Strompreisniveau würde Wärme aus einer Großwärmepumpe teurer als die heutige gasbasierte Wärme? Anders gefragt: Wie stark hängt der künftige Fernwärmepreis am Strompreis?

Die zweite Frage stellt sich immer im Winter, die Versorgungssicherheit bei Dunkelflaute: Wir wissen – das kann man immer nur sagen –, wenn es im Winter kalt ist und um sieben Uhr alle duschen wollen, da scheint keine Sonne, und es gibt auch keinen Wind, dann geht es um

die Spitzen. Wie werden die organisiert? Da ist es nämlich plötzlich mit den Erneuerbaren vorbei, und dann hat man wieder Gas. Wie sichert die BEW die Versorgung an kalten Wintertagen mit Dunkelflaute, wenn ein wachsender Teil der Grund- und Spitzenlast auf Strom umgestellt wird, wenn Strom zugleich am knappsten und teuersten ist? Bleibt die Antwort Gas-Backup und wenn ja, ist der Kohleausstieg 2030 dann tatsächlich ein Ausstieg aus dem fossilen Betrieb oder bleiben Gaskraftwerke faktisch das Arbeitspferd der Versorgung?

Drittens, Realismus des Kohleausstiegs, ist schon angesprochen worden, auch Reuter West: Der Kohleausstieg bis 2030 ist der zentrale Meilenstein. Klappt das angesichts noch laufender Bauvorhaben? Im Falle eines Verzugs: Mit welchem Brennstoff wird die Lücke überbrückt?

Nächste Frage, Bezahlbarkeit als Maßstab der Rekommunalisierung: Die Rekommunalisierung wurde mit bezahlbarer und sicherer Wärme begründet. Kann die BEW zusichern, dass der Fernwärmepreis über die gesamte Transformation hinweg nicht stärker steigt als der heutige gasbasierte Preis? Falls nein: Worin lag dann der konkrete Gewinn für den Berliner gegenüber dem privaten Vorbesitzer außer im politischen Symbol? – Vielen Dank!

Vorsitzende June Tomiak: Dann kommen wir zur Beantwortung. Ich würde einmal andersherum fortfahren und Frau Wagner als Erster das Wort geben, dann an Herrn Voß und an Herrn Häublein.

Neelke Wagner (PowerShift e. V.): Vielen Dank! – Ich fange mit der Frage nach Kooperationen zwischen Berlin und Brandenburg an: Da ist vor allem wichtig, dass Brandenburg schon jetzt der wesentliche Energielieferant für Berlin ist. Alles, was wir an Energie nicht selbst produzieren, muss irgendwie über Brandenburg kommen. Natürlich muss es da entsprechende Kooperationen geben. Die Frage, inwiefern es vielleicht Wärmequellen im Randgebiet zwischen Berlin und Brandenburg gibt und ob die für Berlin nutzbar sind oder nicht, verlässt meine technische Kompetenz, und das würde ich auf jeden Fall an Herrn Voß weitergeben. Ich glaube aber auch, dass man sich da sehr intensiv mit auseinandersetzen muss, aber gleichzeitig auch prüfen muss, was eigentlich die Bedarfe und Voraussetzungen von Brandenburg sind. Die haben auch mit ihrer Wärmewende zu kämpfen. Die haben oft auch ähnliche Probleme, wenn es darum geht, erst einmal sehr viel mit Biomasse zu planen. Oder auch: Wenn es um die Müllexporte/-importe geht, ist auch die große Frage, wenn zukünftig mehr Müll in Berlin verbrannt wird, ob das dann Müll ist, der dann in Brandenburg fehlt. Auch solche Sachen sind, glaube ich, wichtig, dass man die miteinander bespricht.

Damit hängt das Thema Wärmespeicher zusammen. Das habe ich gerade nicht angesprochen, es ist aber sehr wichtig, dass man sich frühzeitig damit befasst, gerade auch saisonale Wärmespeicher. Diese Kurzfristwärmespeicher, was zum Beispiel Power-to-Heat leisten kann, ist sowohl technisch als auch platzmäßig kein riesiges Problem. Das hat das Problem, dass man den Stromnetzanschluss braucht, aber gerade große saisonale Wärmespeicher sind durchaus schon etwas Herausforderndes, wo jetzt schon intensiv Arbeit reingesteckt werden muss, damit die in ein paar Jahren auch zur Verfügung stehen. Es ist ganz grundsätzlich so, dass gerade Abwärme- und Umweltwärmequellen im Sommer wärmer sind als im Winter. Gleichzeitig brauchen wir im Sommer nicht so viel Wärme. Es wird bei einem erneuerbaren Wärmesystem sehr stark darauf ankommen, saisonale Wärmespeicher zu haben. Das hilft auch gegen Dunkelflauten.

Dann gab es die Frage, wie wir mit Reuter West umgehen, wo es nun einmal schon gebaut wird. Da würde ich grundsätzlich auch sagen, dass man auch Verbrennungskraftwerke hat, um das Backup an kalten Tagen zu haben, um die Spitzenlast bereitzustellen. Das ist an und für sich erst einmal gar nicht schlimm, wenn diese Kraftwerke eben nicht ständig laufen, weil das die reale Holzverbrennung reduziert oder im Falle von Wasserstoffkraftwerken die realen Mengen an Wasserstoff reduziert, die verbrannt wird. Das ist für mich eigentlich das Entscheidende. Es geht gar nicht so sehr darum, wie viel Megawatt Leistung stehen da, sondern es geht darum, wie viel CO₂ wird dadurch produziert, dass die Anlagen tatsächlich laufen müssen. Da wünsche ich mir für Reuter West, dass es wirklich, wenn es fertig gebaut wird, in einer Art und Weise in Betrieb geht, dass es die Spitzenlast abdeckt, als dass es die größte Zeit des Jahres durchläuft.

Die Frage der Müllverbrennung: Da verlasse ich auch ein bisschen mein Expertise-Gebiet, weil ich mich mit diesen Müllmengen nicht gut auskenne, die da eingeplant sind und verbrannt werden sollen. Dazu würde mich auch total interessieren, was das eigentlich für Müll ist, wo der herkommt und was an den Stellen passiert, wo er dann fehlt. Ich habe schon ein-gangs gesagt, dass das Problem mit der Verbrennung für Gebäudewärme ist, dass wir 1 000 Grad Celsius erzeugen, um 20 Grad Celsius zu bekommen. Es gibt aber Anwendungen in der Industrie, die diese hohen Temperaturen brauchen. Wenn man schon unvermeidbare Müll-mengen hat, die man irgendwo verbrennen möchte, wäre es auch wichtig zu sehen, dass die vielleicht eher in der industriellen Anwendung landen. Auch da würde mich sehr interessie-ren, wie man sicherstellt, dass auch die unterschiedlichen Brennstoffe da eingesetzt werden, wo sie am effizientesten eingesetzt werden können und müssen.

Die Frage zu den Holzimporten: Das ist tatsächlich sehr wichtig. Das kann ich auch ein biss-chen mit der Frage zu Wasserstoff verknüpfen. Das Prinzip ist ein ähnliches. Es ist jetzt schon so, dass wir auch die Kohle und das Gas importieren. Tatsächlich gehen, gerade bei den fossi-len Brennstoffen, massive Umweltzerstörungen damit einher, diese Brennstoffe zu fördern. Das ist erst einmal nicht unser Problem, weil es nicht hier gemacht wird, aber natürlich sind wir trotzdem dafür verantwortlich, wenn anderswo die Leute darunter leiden. Das ist massiv. Auch Erdgasförderung hat schreckliche Auswirkungen auf die Luftqualität, auf die Wasser-qualität. Bei Kohle ist es ähnlich. Von daher ist es auch wichtig, daraus auszusteigen. Es ist aber auch wichtig, die negativen Auswirkungen, die durch andere, neuere Brennstoffe entste-hen, möglichst zu begrenzen.

Bei Wasserstoff ist es zum Beispiel so: Wenn man blauen Wasserstoff aus Erdgas produziert, hat man dasselbe Problem wie mit Erdgas. Es ist sogar noch schlimmer, weil die Produktion des Wasserstoffs Energie frisst. Wenn ich blauen Wasserstoff benutze, um zu heizen, dann war es für wirklich alle Beteiligten besser, man hätte einfach mit Erdgas weitergemacht. Blauen Wasserstoff halte ich für keine sinnvolle Lösung, aber auch bei grünem Wasserstoff ist es so, dass man Strom braucht. Das bedeutet, dass man riesige PV- und Windenergieparks braucht, man braucht Wasser und viele Gegenden auf der Welt, die als besonders geeignet für die Wasserstoffproduktion identifiziert wurden, sind tendenziell Gegenden mit Wasserstress. Wenn man da anfängt, Wasserstoff zu produzieren und dann vielleicht sagt: Ach, es gibt eine Küste. Wir können ja Meerwasserentsalzung machen. – Meerwasserentsalzung ist auch sehr energieintensiv und verbraucht auch riesige Flächen, was auch wiederum zu Bodenkonflikten führen kann. Auch eine grüne Energieversorgung führt zu massiven Auswirkungen in den Gegenden, von wo wir es gerne importieren würden, und da muss man aufpassen, dass, wenn

solche Wasserstoffprojekte entstehen, die auch unter Berücksichtigung von Umweltstandards, von Menschenrechten und so weiter verwirklicht werden.

Bei Holz ist es ähnlich. Herr Häublein hat es schon angesprochen. Wälder sind komplexe Ökosysteme, und wann immer man davon ausgeht, dass man von irgendwo einfach so Holz importiert, muss man davon ausgehen, dass das Holz an der Stelle auch fehlt. Einmal fehlt es den Menschen, die das vielleicht bisher gesammelt haben, um damit ihre eigene Energieversorgung sicherzustellen. Es ist aber auch ein massiver Eingriff in Ökosysteme, wenn sich zum Beispiel der Wald nicht mehr auf dieselbe Art regenerieren kann, wenn das ganze Altholz fehlt. Das Problem kennen wir auch in unseren Wäldern, wenn das nur noch Fichtenplantagen sind, wo der Boden komplett leergeräumt ist, dann ist es auch keine gute Sache für Artenvielfalt, Erholungswert et cetera. Grundsätzlich sind Holzimporte eine schwierige Sache. Sie sind dann schwierig, wenn sie aus Plantagen kommen, weil die Plantagen wahrscheinlich vorher richtige Wälder waren. Sie sind aber auch ein Problem, wenn sie aus richtigen Wäldern kommen, weil man dann ökologisch besonders wertvolles Frischholz verbrennt.

Deswegen finde ich im Prinzip den Ansatz gut, dass die BEW sagt, sie versuchen möglichst lokal und regional ihr Holz zu bekommen. Da muss man sich aber auch mit den Begrenzungen auseinandersetzen, die dieser Ansatz mit sich führt, weil in der direkten Umgebung von Berlin viele andere auch mit Holzverbrennung planen. – Die Frage blauer Wasserstoff habe ich schon beantwortet.

Die Frage CCS: Das finde ich auch ein sehr gefährliches Thema, weil diese Technik im Prinzip seit den Siebzigerjahren bekannt ist und bis heute nicht richtig funktioniert. Wir haben gerade wieder den Fall in Norwegen mit diesem Northern-Lights-Projekt, wo auch rauskommt, dass es absolut nicht dazu in der Lage ist, auch nur annähernd die Mengen an CO₂ zu speichern, die ursprünglich versprochen wurden. Das ist ein globales Problem. Norwegen ist noch relativ gut darin, und trotzdem funktioniert es bei ihnen nicht. Ich würde sehr stark davon abraten, irgendwelche Hoffnung da reinzusetzen, dass in absehbarer Zeit und auch nicht in den 20 Jahren, in denen wir klimaneutral werden müssen, CCS irgendeinen relevanten Beitrag zur Klimaneutralität leisten kann. Dazu kommt, dass es sehr energieintensiv ist. Wenn man das zum Beispiel an ein Müllverbrennungskraftwerk anschließt, bleibt – das hat die Internationale Energieagentur vor fünf Jahren mal berechnet – eigentlich fast keine Wärme und Energie mehr übrig, um die zu verwenden, weil dieses Kraftwerk quasi selbsterhaltend seine eigenen Emissionen versucht abzuscheiden. Ich würde sagen, dass das eine Powerpoint-Technologie ist, die nicht die Ergebnisse bringen wird, die von ihr versprochen werden.

Dann gab es noch die Frage zur Bezahlbarkeit. Das sehe ich auch als ein wichtiges Problem bei Wasserstoff an. Wir können zum aktuellen Zeitpunkt überhaupt nicht sagen, zu welchen Preisen er verfügbar sein wird. Es wird auch eine hohe Konkurrenz an Anwendungen geben, weil Wasserstoff in der Stahlindustrie gebraucht wird. Da ist er zur Dekarbonisierung erst einmal alternativlos und wird auch in anderen Industrien gebraucht. Da gibt es immer wieder Leute, die irgendwelche Preise berechnen, aber letztlich ist es auch ein bisschen ein Blick in die Glaskugel. Wenn man Wert auf eine bezahlbare Wärmeversorgung legt, sollte man den Anteil von sehr spekulativen Brennstoffen – sage ich jetzt einmal – möglichst gering halten. Das Gleiche gilt im Übrigen auch für die Gaspreise. Ich glaube, wenn wir eines in den letzten drei, vier Jahren gelernt haben, ist, dass Gaspreise überhaupt nichts sind, wo man sich darauf verlassen kann, dass die in den nächsten 20 Jahren einen niedrigen Wärmepreis garantieren.

Da ist eher das Gegenteil der Fall. – Ich hoffe, dass ich alle Fragen beantwortet habe und würde es hierbei bewenden lassen! Vielen Dank!

Vorsitzende June Tomiak: Herr Voß, würden Sie weitermachen?

Marko Voß (BEW): Was natürlich eine Herausforderung ist bei den vielen Fragen, aber ich werde es mal sortieren: Ich würde gerne zwei Dinge vor die Klammer ziehen, nämlich die Fragen und Themen zur Geothermie und zu der Holzverbrennung. Bei der Geothermie – vielleicht kann auch die Senatsverwaltung ein bisschen was ergänzen – sind wir als BEW dabei, uns an dem Aufsuchungsgebiet, was das Land Berlin gewonnen hat, zu beteiligen. Da läuft ein Ausschreibungsverfahren. Wir als BEW haben uns an vier Teilgebieten beworben, um dort aktiv werden zu können. Wir sind aktuell Teil dieses Ausschreibungsverfahrens und sprechen über die vertraglichen Bedingungen, wie wir dort aktiv werden können. Wenn wir dort eine Vereinbarung unterschrieben haben, werden wir erste Sondierungs- und Probebohrungen ausführen. Das läuft parallel mit dem vom Senat geplanten 3D-Seismik-Vorhaben. Die Untergrunduntersuchung wird weiter vorangetrieben. Diese Erkenntnisse aus den Sondierungsbohrungen und den Probebohrungen werden dann verschnitten mit den Erkenntnissen aus der 3D-Seismik, und dann wissen wir viel mehr über den Untergrund in Berlin und können noch stärker schauen, wo welche Quellen zu erschließen sind. Wir sind aber erst einmal offen, welche Quellen wir erschließen. Grundsätzlich haben wir eine Offenheit. Wir brauchen natürlich in der Fernwärme möglichst höhere Temperaturen als aus der oberflächennahen Erschließung. Deshalb sehen wir in der Fernwärme die oberflächennahe Erschließung eher nicht. Die ist eher für Quartierslösungen geeignet, und wir sind eher in tieferen Regionen unterwegs. Vielleicht nur dazu die Antwort!

Dann zum Themenkomplex Biomasse, unsere Quellen: Das haben wir schon mehrfach auch in den Anhörungen in Reuter West erläutert. Wir setzen ganz stark auf Altholz aus unterschiedlichsten Quellen – Holzabfälle und naturbelassene Biomasse aus Landschaftspflegematerial, aber auch Waldresthölzer, das ist das Spektrum, was wir dort verbrennen wollen, und sprechen mit sämtlichen Lieferanten und Marktteilnehmern, die dort aktiv sind. Im Übrigen sind wir nicht ganz neu in dem Markt. Wir haben auch heute schon eine Verbrennungsanlage im Märkischen Viertel und eine Mitverbrennung in Moabit und kennen die Akteure und den Markt sehr gut und wissen, dass wir dort verlässliche Partner haben.

Vielleicht weil es dazu passt, zur langfristigen Entwicklung: 15 Prozent Biomasse im Zielbild 2045 war auch von einigen von Ihnen angesprochen worden. Das Zielbild 2045 enthält 15 Prozent aus Biomasse, weil wir weiterhin sehen, dass sie eine verlässliche und lagerfähige Quelle für die Wärmeversorgung in der Stadt sein kann. Wir müssen uns – und deshalb schauen wir auch auf unterschiedlichste Brennstoffe – auf unterschiedlichste Versorgungssituation einstellen. Die Dunkelflaute war beispielsweise ein Thema und so weiter und so fort. Dafür bereiten wir uns in der Form vor, dass wir ein möglichst diverses Brennstoffportfolio für die gesamte Wärmeerzeugung darstellen wollen. Dazu gehört auch ein gewisser Anteil an festen Brennstoffen, und dann ist es die Biomasse an der Stelle.

Jetzt versuche ich durch die Themenkomplexe zu gehen, die Sie aufgebracht haben. Ich fange mal mit Herrn Taschner an, weil er als Erster an der Reihe war: Bei der Energiewirtschaft in den beiden Systemen kann ich so viel sagen: Wir haben im Westteil, das haben Sie gut wiedergegeben, auch eine Grundlastwärme zu bedienen, und die bedienen wir aus der schon heute vorhandenen Dampfturbinenanlage, wo wir den Dampf aus der Müllverbrennungsanlage in Ruhleben verwerten. Künftig werden wir dort die Abwasserwärme aus der großen Abwasserwärmepumpe sehen, die die meisten von Ihnen auch kennen. Da wird die Grundlastwärme hergestellt werden. Das Holzheizkraftwerk wird danach auf dieser Grundlast aufsetzen, also eher in der Mittellast sein. Wir schauen uns den Einsatz natürlich immer über das ganze Jahr

an, aber wir wollen dort möglichst viel grüne Wärme haben, auch aus dieser Region. Das ist sozusagen die Einsatzreihenfolge, die wir dort sehen werden.

Die ist im Osten gänzlich anders. Im Osten haben wir heute 100 Prozent Erdgaseinsatz. Die ganze Geschichte Kohleausstieg spielt sich im Westteil ab, und im Osten haben wir heute Erdgaseinsatz. Deshalb ist unser Anspruch, die Geothermie und die Erkenntnisse aus der Geothermie dort möglichst frühzeitig nutzbar zu machen. Wir wollen auch im Osten diese ersten Bohrungen tätigen, um möglichst fossiles Erdgas im Osten verdrängen zu können. Um die Einsatzreihenfolge da auch noch mal darzulegen: Da geht es also darum, die Geothermie in der Grundlast zu haben, die wir 365 Tage im Jahr zur Verfügung haben werden. Wir wollen dort, genau richtig, die Datacenter-Wärme auch sehen, weil die Abwärme auch das ganze Jahr über vorhanden ist sich nutzen lässt, und dann kommt die Wärme aus dem Ersatzbrennstoffheizkraftwerk. Genau so ist das geplant.

In dem Zug hatten Sie auch die Frage zu den Stromkapazitäten gestellt. Wie weit ist es da? Sind die gesichert oder nicht? Da können wir sagen, dass wir die Stromanschlusskapazitäten bis 2032 vertraglich auch verabredet haben. Es gibt ein Ausbauprojekt der Stromnetz Berlin, nämlich das Umspannwerk in Wuhlheide, wo wir auch noch 2035 für den Standort Klingenberg eine zusätzliche Leistung bekommen werden. Für alles darüber hinaus sind wir genauso Teil wie andere Akteure im Markt in dem sogenannten Repartierungsverfahren, was die Stromnetz Berlin im letzten Jahr eingeführt hat. Für alle weitere Stromanschlüsse müssen wir uns genauso wie alle anderen Marktteilnehmer im Repartierungsverfahren bewerben und schauen, wie viel Strom Leistung die Stromnetz Berlin zur Verfügung stellen kann.

Wärmespeicher war noch das letzte Thema, wenn ich das richtig notiert habe, aus Ihrem Beitrag, Herr Taschner: Wärmespeicher spielen natürlich eine wichtige Rolle. Wir haben heute den bekannten großen Tankwärmespeicher. Der fungiert als Tages- oder Zweitageswärmespeicher. Aber richtig: In der Zukunft werden auch saisonale Wärmespeicher von Bedeutung, weil ich im Sommer mehr Wärmeüberschuss habe, als die Kunden nachfragen. Diese Wärme wollen wir in saisonalen Wärmespeichern zwischenspeichern, um dann in der Heizperiode verfügbar zu machen. Da sind wir auf der Suche nach geeigneten Flächen, was auch eine Herausforderung ist, weil wir zwei Technologien verfolgen.

Erstens Erdbeckenwärmespeicher: Erdbeckenwärmespeicher sind in Dänemark sehr stark fortgeschritten und kann man sich dort anschauen. Dänemark ist sehr weit in der technologischen Entwicklung. Die brauchen große Flächen. Am Ende sind es große Erdbecken, wo man heißes Wasser speichert und dann zu einem geeigneten Zeitpunkt entnimmt, aber auch mittels Wärmepumpe auf das gewünschte notwendige Temperaturniveau hebt. Die zweite Technologie, die wir verfolgen, sind Aquifer-Wärmespeicher, also unter der Erde. Da bekommen wir auch mehr Erkenntnisse, wenn wir die geothermischen Bohrungen durchgeführt haben, wo wir eigentlich im Untergrund Aquifer-Möglichkeiten finden. Diese beiden Dinge verfolgen wir genau. Der entscheidende Punkt ist wieder: Wir brauchen geeignete Standorte mit Stromanschluss und die Nähe zum Fernwärmenetz. Das lässt sich nur dann gut integrieren, wenn ich ein Netz vor der Tür habe oder mit vertretbarem Aufwand an das Fernwärmenetz ran komme. Wichtiger, spannender Aspekt!

Lokale Wärmequellen sind uns auch ein Anliegen. Deshalb haben wir auch in allen unserer Gelingensbedingungen gesagt, wir denken Berlin und Brandenburg zusammen. Wir sehen,

dass es Ansiedlungen in Brandenburg im Speckgürtel der Stadt gibt, wo wir auch Anfragen haben. Dass Datacenter-Betreiber sich anschließen wollen, setzt voraus, dass wir gute Grundstücke und dort Stromanschlüsse bekommen und die Anbindung ans Fernwärmenetz realisieren können. Das setzt größeren Leitungsbau voraus, aber es ist nicht ausgeschlossen und unmöglich, und im Gegenteil, wir brauchen diese Quellen, um hier weiter dekarbonisieren zu können.

Dann gab es die Frage zur Entwicklung der Fernwärmelast. Wir haben uns an den Sanierungsraten des Szenarios 2 der kommunalen Wärmeplanung orientiert, wo wir eine deutliche Steigerung in der Sanierungsrate bis auf 1,5 oder gar 2 Prozent sehen. Die Gradtagszahlen sind abgeleitet aus den wissenschaftlichen Erkenntnissen, die da existieren und veröffentlicht sind. Das ist genau richtig. Ich glaube, das war die Frage von Herrn Efler. Die Gradtagszahl geht ein wenig zurück, aber wir sehen trotzdem auch diese kalten, wenn Sie wollen, Spitzen im Winter. Das sehen wir, das sehen wir auch in den letzten Heizperioden schon so, und deshalb ist es unheimlich wichtig, diese Reservekapazitäten vorzuhalten. Dazu gehört eben auch noch mal eine holzgefeuerte Wärmeerzeugungsanlage, aber auch Gas- und Power-to-Heat-Kessel. Auch die Power-to-Heat-Anlage kann in Kombination mit dem Wärmespeicher Wärme günstig produzieren, speichern und aus dem Speicher Spitzen abdecken. Deshalb wird perspektivisch für uns auch die Rolle des Speichers eine wichtige Rolle übernehmen.

Susanne Huneke (BEW): Ich würde vielleicht zu zwei, drei Punkten noch ergänzen. Ich glaube, zu Biomasse ist so gut wie alles gesagt. Ich würde das gerne noch einmal ins Verhältnis rücken. Wir verbrennen heute in Reuter West und Moabit 700 000 Tonnen Kohle pro Jahr. Das ist, glaube ich, oft auch in der öffentlichen Wahrnehmung, dass wir das eins zu eins mit Biomasse ersetzen. Das ist nicht so, sondern es ist ein Baustein. Das Thema Resilienz ist ein Punkt. Das ist nicht das Einzige. Es ist auch, dass wir schlicht gerade mit den Zwischenzielen des EWG Berlin auch Vorgaben haben, die wir Stand heute und auf Sicht mit Geothermie leider, auch wenn wir das gerne wollten, in der Kürze der Zeit nicht erreichen können. Das gehört auch noch dazu. Der Anlageneinsatz über den Lauf der Zeit: Ich sage mal, je mehr lokale Wärmequellen dazukommen, desto mehr wird sich gegebenenfalls auch ein Einsatz einer Anlage verschieben. Das hattest du auch gesagt, dass wir auf ein resilientes und vielschichtiges System setzen, um diese Flexibilität zu haben, aber auch, weil wir uns in Berlin gar nicht leisten können, irgendetwas per se auszuschließen. Wir sind eine Stadt mit 4 Millionen Menschen, und wir nutzen wahnsinnig viel Energie. Und da ist es, glaube ich, wichtig zu wissen – und das wurde uns auch von Teilnehmern im Dialogverfahren bestätigt, dass das Szenario lokale Wärme nutzen wirklich ambitioniert ist, auch wenn der Wunsch oft da ist, dass wir uns autark versorgen. Das machen wir im Nahrungsmittelbereich oder so auch nicht. Wir werden immer auf Energieimporte angewiesen sein. Das ist tatsächlich, glaube ich, etwas das ist, wir immer mitführen.

Ich würde auf Herrn Freymarks Angebot zurückkommen zu sagen, was wir denn brauchen oder wo das Land Berlin uns unterstützen kann: Ich möchte einmal auch an der Stelle ein großes Danke für das Thema Klimapakt hier lassen, weil gerade für das linke Szenario gilt – die sind nicht per se teurer oder günstiger –, dass das Szenario Lokale Wärme und Strom massiv höhere Investitionen erfordert. Die Wärmegestehungskosten oder die variablen Einsatzkosten durch mehr Strom und weniger importierte Brennstoffe mögen geringer sein, aber die Investition in Speicher, gerade in die Langzeitwärmespeicher, saisonale Speicher und in Großwärmepumpen, auch in die Netzinfrastruktur, wenn wir Netztemperaturabsenkung sagen, sind

Investitionen, die wir vorab treffen müssen. Das ist, glaube ich, auch die große Herausforderung nicht nur in Berlin, sondern in dieser Energiewende, dass wir vor Rieseninvestitionen stehen, weil wir das alles in 20 Jahren schaffen wollen und deswegen Teil 2 des Klimapaktes. Gerade das Szenario Lokale Wärme und Strom, was uns in allen Belangen oft uns als das präferierte dargestellt wird, ist eine Riesenummer. Dann heißt es auch weiterhin, die Investitionskraft der BEW hochzuhalten, weil das uns überhaupt ermöglicht, diese Gelder am Kapitalmarkt zu beschaffen, wenn die Quote hoch genug ist und auch entsprechende Zinsniveaus, die ja auch in Wärmepreise eingehen, moderat zu halten. Gerade für den linken Pfad gilt, dass die BEW auch auf Dauer eine gesunde Eigenkapitalquote braucht.

Zweites Thema auch mit Blick auf das Thema Geothermie, Speicher und Solarthermie: Das sind alles Dinge, die Stromnetzkapazität und auch Flächen im Land jenseits unserer heutigen Kraftwerksstandorte benötigen, gerade die besagten Erdwärmebeckenspeicher, wo wir vielleicht auch eher über den Stadtrand sprechen. Wenn wir Solarthermie ansprechen, reden wir nicht über Einzelhäuser. Das macht keinen Sinn. Die Wärmequellen sind zu klein. Da reden wir über große Flächen, also wirklich x Fußballfelder groß und über entsprechende Zuleitungen in die Stadt rein, auch wieder Investitionen plus Flächen. Auch in jedem Geothermiefeld, der hier enthalten ist, zwischen einer halben bis 1,5 Terrawattstunde, sind das zigfache Bohrplätze über die Stadt verteilt. Das heißt Flächen, Grünflächen. Das können Sportplätze sein, das können auch mal Bäder sein. Da kommen wir mit den Flächen wenig zurande. Da ist auch ein Dialogprozess gestartet, aber das ist auch etwas, was uns dann sicherlich die nächsten Jahre begleitet. – [Zuruf von Benedikt Lux (GRÜNE)] – Ich versuche, es kurz zu machen: Während der Bohrphase brauchen wir Platz. Danach brauchen wir relativ wenig Platz für das Pumpenhaus. Das ist sehr überschaubar, aber am Ende braucht es eine Fläche, wo wir bohren können. Da müssen wir durch das Nadelöhr, gerne auch auf Parkplätzen, sofern das Land Berlin die auch hat.

Vielleicht der letzte Punkt – da gehe ich jetzt in Richtung Fernwärmeausbau oder die Auswirkungen auf die Wärmeplanung: Das was wir in die Wärmeplanung reingegeben haben, ist das was wir uns als einen maximalen Ausbau, das ist hier auch unterlegt, vorstellen können. Das ist alles andere als ein Selbstläufer. Das passiert nur – und da ist auch egal, ob es das Bestandsfernwärmenetz ist oder neue Nahwärmenetze –, wenn man ausreichende Anschlussquoten hat. Klammer auf: Die Zulässigkeit von Gaskesseln macht es nicht einfacher für uns und auch für alle anderen Netzbetreiber, aber auch da kann das Land Berlin, indem es seine Landesliegenschaften, da wo diese Wärmeplanung das als Möglichkeit sieht, an die Fernwärme anbringt und sich als Ankerkunde bereit erklärt, an die Fernwärme zu gehen. Das ist auch noch einmal etwas, was das Land Berlin leisten kann. Die drei Sachen vielleicht auf die Frage, was das Land Berlin hier machen kann!

Last but not least Engagement auf der Bundesebene, weil Wärmepolitik in der Bundesebene oft an Flächenländer und an Hauseigentümer denkt: Berlin ist eine Mieterstadt. Das ist total wichtig, gerade auch im Hinblick auf Preise. Unsere Zielsetzung werden wir nur halten können, wenn Wärmenetze analog zu Luftwärmepumpen im Gebäude gefördert werden. Da sind 40 bis 70 Prozent Investitionskostenzuschüsse üblich. Das, was die Einzeleigentümer bekommen, steht auch den Berlinern Mieterinnen und Mieter zu. Da sind das KWKG und die BEW-Förderung total wichtig – also nicht BEW im Sinne unseres Unternehmens, sondern das Bundesförderprogramm Effiziente Wärmenetze. Das hängt am Bundeshaushalt. Das kann

jederzeit abreißen, wenn Haushaltsmittel auf Bundesebene gekürzt werden. Da ist es total wichtig, dass das Land Berlin sich dafür stark macht. – Vielen Dank!

Vorsitzende June Tomiak: Herr Häublein, dann haben Sie das Wort.

Eric Häublein (NABU): Vielen Dank! – Ich fange mal, weil es gerade zum Thema passt, mit der Frage von Herrn Freymark an, was die Kompensation sein könnte, wenn wir diese 15 Prozent Biomasse 2045 nicht enthalten haben. Das hat uns auch im Dialogforum beschäftigt und beschäftigt uns auch so, und die Antwort ist da, wie wir sie auch schon vorher gegeben haben, vielschichtig. Die BEW hat auch auf Drängen oder auf den Wunsch noch mal ein weiteres Szenario im Dekarbonisierungsfahrplan aufgenommen. Neben diesen dreien gibt es noch ein weiteres, das noch stärker auf Elektrifizierung setzt, wo wir sagen, dass das die Richtung ist, in die es gehen kann. Am effektivsten und am effizientesten sind eben Wärmepumpen, Großwärmepumpen, Geothermie.

Hinzu kommt eben – und so ehrlich müssen wir auch sein, diese Debatte hatten wir in Klingenberg auch –, dass es uns nichts nützt, wenn wir die Fernwärme immer weiter ausbauen, wenn wir sie am Ende nicht dekarbonisieren können. So ist auch diese Ersatzbrennstoffanlage in Klingenberg jetzt noch mal deutlich geringer ausgefallen als in den Planungen ursprünglich vorgesehen. Ich meine, das ist am Ende ein agiler Prozess, in den die BEW auch eingebunden ist. Auch der Wasserstoffanteil, der wie gesagt so hoch ist: Wenn er am Ende nicht da ist, dann verbrennen wir weiter Erdgas. Das kann es natürlich auch nicht sein.

Daran anknüpfend kam die Frage nach blauem Wasserstoff auf. Dazu hat Frau Wagner, glaube ich, auch schon alles gesagt. Blauer Wasserstoff wird aus Erdgas gewonnen. Es macht tatsächlich keinen Sinn. Ähnlich sieht es auch mit CCS aus. Wir haben kein Best-Practice-Projekt bei CCS, das wirklich funktioniert. Es gibt dieses eine Projekt in Norwegen, aber auch da gibt es Probleme, und da hängen so viele Fragen dran. Die Speicherung, das muss durch Pipelines, per Schiff, per Straße abtransportiert werden, dann muss es unter die Erde gepumpt werden. Es ergibt aus unserer Sicht keinen Sinn, da Energie in dem Sinne reinzustecken.

Die Frage von Herrn Taschner, wie hoch der Anteil von 15 Prozent Biomasse ist: Wie viel ist das dann tatsächlich an Tonnen Holz? Das sind ungefähr 1,5 Millionen Tonnen Holz. Wir haben aktuell ungefähr 390 000 Tonnen, die verbrannt werden. Moabit fällt 2030 raus, dafür kommt Reuter West dazu. Das sind dann die ungefähr 1,5 Millionen Tonnen Holz.

Dann zum Thema Müllverbrennung: Die Kollegin von Biofuelwatch hat mal ausgerechnet, dass diese 110 MW Feuerungswärmeleistung ungefähr 332 000 Tonnen Ersatzbrennstoff, also Müll, beinhaltet. Die Gesamtmenge an Müll, die wir haben, hat mir Herr Quast noch mitgeteilt und ist ungefähr 780 000 Tonnen. Wir haben da einen sehr hohen Anteil, der dann tatsächlich auch in Klingenberg verbrannt wird. Wir wissen noch nicht so viel Konkretes. Das wird jetzt auch Aufgabe von Ihnen und von uns sein, das konkret zu begleiten und kritisch zu hinterfragen, wenn es dann tatsächlich darum geht, dass die Investitionsentscheidung fällt. Dieser Dekarbonisierungsfahrplan, das hat Frau Huneke noch einmal gesagt, ist keine Investitionsentscheidung, das ist ein Fahrplan, eine Richtung. Die werden dann im Aufsichtsrat wahrscheinlich getroffen.

Daran hängt die Frage, ob es eine Monomüllverbrennungsanlage wird, wo nur Müll verbrannt wird. Da braucht man dann stärkere Filter. Geht es um eine Anlage, wo zum Beispiel auch Altholz verbrannt werden soll? Das wissen wir in dem Sinne noch nicht. Wenn es da konkreter wird, werden wir das ganz sicher auch konstruktiv-kritisch begleiten, wie Sie es auch von uns gewohnt sind. Das waren, glaube ich, alle Themen, und den Rest hatte Frau Wagner schon gesagt.

Vorsitzende June Tomiak: Vielen Dank! – Der Senat hatte ja auch ein paar Fragen bekommen. – Herr Kraus, Sie haben das Wort.

Staatssekretär Andreas Kraus (SenMVKU): Sehr geehrte Frau Vorsitzende, vielen Dank für das Wort! – Ich habe mir jetzt drei Fragen notiert. Jetzt ist die Schulklasse leider schon wieder weg, sonst hätte ich Herrn Freymarks Frage zu dem Potenzial im Osten damit beantwortet, dass der Osten natürlich am meisten Potenzial hat und wir deshalb dort auch beginnen. Die zweite Frage zum Altholzrecycling: Wir sind dabei, das zu optimieren. Das ist eine Aufgabe, die die BSR auch hat. Da sind wir auch als Fachaufsicht zusammen mit SenWiEnBe, die als Betriebsaufsicht dabei ist, die Zielsetzungen für die BSR, die Quoten, zu erhöhen. Die BSR hat da auch ein entsprechendes Projekt, um die Verfahren beispielsweise in der Gradestraße zu optimieren. An dem Thema arbeiten wir auch.

Was die kommunale Wärmeplanung betrifft: Sie wissen, dass wir bis Ende des Monats gesetzlich verpflichtet sind, diese Vorlage zu veröffentlichen. Entsprechend haben wir den Prozess sehr erfolgreich und sehr umfassend vorangetrieben. Da auch noch mal vielen Dank an meine Verwaltung! Die haben das wirklich mit großem persönlichen Engagement gemacht. Das wird am 16. Juni im Senat beschlossen und am 29. Juni der Öffentlichkeit vorgestellt. Natürlich freuen wir uns auch, wenn der Ausschuss Interesse daran zeigt und uns einlädt, es auch hier noch einmal vorzustellen.

Vorsitzende June Tomiak: Vielen Dank! – Ich habe jetzt noch eine Meldung gesehen, die sich auch nicht erübrigt hat. Ich würde einmal mit Blick auf die volle Tagesordnung bitten, das wirklich kurz machen, und würde nach Herrn Dr. Efler gerne die Redeliste schließen. Ich sehe Einverständnis.

Dr. Michael Efler (LINKE): Ich habe auch nur noch eine nerdige Nachfrage zur Geothermie, weil möglicherweise da ein Missverständnis vorliegt. Ich beziehe mich auf eine Aussage im Dekarbonisierungsfahrplan. Ich lese sie einmal vor:

„Die direkte Nutzung von Tiefengeothermie als Wärmequelle aus zwei bis drei Kilometern Tiefe ist in Berlin vermutlich nicht hydrothermal möglich.“

Darauf habe ich mich bezogen, während Sie bei den Schichten in 500 bis 2 000 Metern davon sprechen, dass das wahrscheinlich geht. Das hat mich gewundert, weil die 3D-Seismik noch gar nicht begonnen hat und auch die Probebohrungen noch nicht durchgeführt wurden. Vielleicht können Sie dazu noch mal etwas sagen, woher diese Annahmen kommen. Ich gehe schon davon aus, dass eigentlich auch in dieser Tiefe, theoretisch jedenfalls, eine Menge zu holen wäre. Das ist dann nicht in das Potenzial eingeflossen. Vielleicht entgehen uns da ja möglicherweise dann auch ein paar Dinge, oder ich habe es nicht richtig verstanden, deswegen die Frage.

Vorsitzende June Tomiak: Zur Beantwortung Herr Voß!

Marko Voß (BEW): Sehr gerne! – Es ist genauso, wie ich auch erläutert habe. Wir prüfen natürlich die 3D-Seismik und auch die Erkenntnisse aus den Bohrungen, die im nächsten, vielleicht übernächsten Jahr laufen werden. Wir werden grundsätzlich nichts ausschließen. Wir werden dann schauen, in welcher Tiefe, mit welcher Temperatur und mit welcher Durchlässigkeit, also mit wie viel Wasser dort zu rechnen ist. Dann werden wir schauen, was man aus welcher Ebene ziehen kann. Wir warten das schlichtweg ab. Vielleicht stimmt das dann nicht 110 Prozent mit unserer Aussage im Plan überein, aber wir sind da jetzt erst einmal offen und wollen wirklich jede Quelle, die sich bietet, standortbezogen erschließen, wenn technisch und auch von der Quelle her möglich. Das ist die Antwort in kurz.

Vorsitzende June Tomiak: Ganz herzlichen Dank! – Dann sind wir jetzt am Schluss der heutigen Anhörung angekommen. Ich möchte unseren Gästen im Namen des Ausschusses ganz herzlich danken. – Vielen Dank, dass Sie uns heute mit Ihrer Expertise zur Verfügung gestanden haben! – Ich schlage vor, dass wir TOP 3 a bis c vertagen, bis das Wortprotokoll vorliegt und die Anhörung ausgewertet werden kann. Besteht dazu Einvernehmen? – Ich sehe Nicken. Dann machen wir das so.

Punkt 4 der Tagesordnung

- a) Besprechung gemäß § 21 Abs. 3 GO Abghs [0275](#)
**Herausforderungen für den Klimaschutz in Berlin
2026 aus Sicht des Berliner Klimaschutzrates**
(auf Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und
der Fraktion Die Linke) UK
- b) Besprechung gemäß § 21 Abs. 3 GO Abghs [0276](#)
**Klimaschutzrat: Herausforderungen und Ausblick
auf das Jahr 2026**
(auf Antrag der Fraktion der CDU und der Fraktion der
SPD) UK

Hierzu: Auswertung der Anhörung vom 22.01.2026

Siehe Inhaltsprotokoll.

Punkt 5 der Tagesordnung

- Besprechung gemäß § 21 Abs. 3 GO Abghs [0172](#)
**Ökologische Vielfalt und Biodiversität auf Berlins
Grünflächen**
(auf Antrag der Fraktion der CDU und der Fraktion der
SPD) UK

Hierzu: Auswertung der Anhörung vom 30.05.2024

Siehe Inhaltsprotokoll.

Punkt 6 der Tagesordnung

Besprechung gemäß § 21 Abs. 3 GO Abghs
**Brand im Freilandlabor Britz und beim Weltacker –
Wie geht es weiter mit diesen wichtigen
Umweltbildungsstätten?**
(auf Antrag der Fraktion der CDU und der Fraktion der
SPD)

[0209](#)
UK

Hierzu: Auswertung der Anhörung vom 12.12.2024

Siehe Inhaltsprotokoll.

Punkt 7 der Tagesordnung

Verschiedenes

Siehe Beschlussprotokoll.